Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (4.12.2003)

Sand im Getriebe 28

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe •html-Version unter www.attac-austria.org/siq/siq.php email an die Redaktion: **sig@attac.de**

Welche Strategie?

Debatten innerhalb von ATTAC Frankreich

Es rumort in ATTAG-Frankreich. Es gibt heftige Debatten über den einzuschlagenden Weg. Bei der aktuellen Diskussion handelt sich um Ansätze eines Differenzierungsprozesses, der auch mit dem relativ starken Wachstum der globalisierungskritischen Bewegung zu tun hat. Kann diese Diskussion die Vielfältigkeit fördern und die Entwicklung von ATTAC vorantreiben? Dazu möchten wir mit dieser SIG-Nummer beitragen.

Kontroversen

Die aktuelle Diskussion innerhalb von ATTAC Frankreich dreht sich u.a. um folgende Themen:

-Die Bewegung für eine andere Globalisierung (neu "altermondialiste" statt "antimondialiste")

-Der Kapitalismus heute: dessen Analyse steht weiterhin an.

-Die internationalen Kräfteverhältnisse: Wenn wir die neoliberale Offensive nicht haben aufhalten können, haben wir zumindest ihre ideologische Hegemonie erschüttert – oder nicht?

-Wie ist genau die Rolle von ATTAC zu definieren? Welches sollte ihr Verhältnis einerseits zu den radikalen Linken, anderseits zu den Gewerkschaften und zu Parteien wie die PS sein? Sollte man nicht nur die Frage der Gegenmacht, sondern auch die Machtfrage aufwerfen? Welches Verhältnis sollte ATTAC zu den politischen Parteien haben? Soll ATTAC in zehn Jahren eine Partei sein?

- Die Organisation von ATTAC: Hierarchie und mangelnde Offenlegung von Debatten werden kritisiert, ebenfalls erheben sich Stimmen gegen die Geringschätzung der Lokalkomitees und der einfachen Mitglieder im Vergleich zu den Gründungsmitgliedern.

Wir veröffentlichen zwei Beiträge von **Jacques Nikonoff** von letztem August. Sowohl die Form – Veröffentlichung in der Presse – als auch der Inhalt dieser Beiträge sind in ATTAC Frankreich umstritten. Ergänzend drucken wir eine Stellungnahme von **Bernard Cassen** ab. Neben diesen beiden Exponenten kommen noch **Pierre Khalfa** und **Gus Massiah** zu Wort, die in dieser Frage eine Gegenposition formulieren. Hinzu kommt ein Positionspapier ("**Welche neue Dynamik für ATTAC?**", auf http://www.france.attac.org/a2250 verfügbar) aus Kreisen der Leitung von ATTAC Frankreich.

Die Tragweite dieser Diskussion für die internationale Bewegung ATTAC darf nicht unterschätzt werden. Die Welt hat sich seit dem Entstehen von ATTAC in Frankreich verändert. Neben der Forderung "Entwaffnet die Märkte" (Ignacio Ramonet, Dez. 1997 in Le Monde diplomatique) und nach demokratischer Kontrolle der Finanzmärkte stellen sich weitere Herausforderungen: Verteidigung der öffentlichen Dienste, Schuldenstreichung für die Länder des Südens, aber auch Kampf gegen Imperialismus und die neuen Kriege. Ein Nachteil der veröffentlichten Texte ist, dass sie die angesprochene Problematik teilweise nicht in aller Deutlichkeit angehen. Mit dieser SIG-Nummer wollen wir zumindest die verfügbaren Texte auf Deutsch zugänglich machen.

Globalisierung = Freihandelsimperialismus?

Nicht nur in Frankreich, sondern auch im deutschsprachigen Raum wird erneut darüber diskutiert, wie die hemmungslose Nutzung des „Machtüberschusses" der USA zu interpretieren ist. Gegenwärtig sitzt die Bush-Regierung im Irak in der Falle. Ist alles wieder gut, wenn sie oder eine Nachfolgeregierung durch die irakische Resistance gezwungen werden, einen Teil der Macht an eine gewählte irakische Regierung abzugeben? **John Bellamy Forster** geht dieser Frage nach und findet - auch in Auseinandersetzung mit Lenin – den Begriff „Imperialismus des Freihandels". (indirekte Kontrolle mit Hilfe der Märkte im Unterschied zur direkten militärischen Intervention) nützlich. Wir setzen damit die Debatte zur Analyse der globalen Strukturen fort, die wir in den letzten Nummern u.a. mit Beiträgen von Wallerstein (SiG25), Bello (SiG26) und Wagner (SiG27) begonnen haben. Denn es ist ja nicht beliebig, welche **Begriffe** wir benutzen, und es ist nicht sicher, dass „Neoliberalismus" für alle **der** nachhaltige Begriff zur Beschreibung der globalen Wirklichkeit ist. Die Debatte gewinnt an Kraft (PROKLA, SOCIALIST REGISTER) und auch wir werden sie hier weiter führen.

Zudem veröffentlichen wir in dieser Nummer einen Beitrag zum World Summit on the Information Society WSIS (10.-12. Dezember 2003 in Genf) und zu den Side Events der Zivilgesellschaft (06.-14. Dezember 2003 ebenfalls in Genf).

Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen, die die SiGs erst möglich machen.

Die Redaktion: Peter Strotmann, Marie-Dominique Vernhes (Attac Deutschland), Barbara Waschmann (Attac Österrreich), Gisela Burkhalter, Johannes Gruber, Karin Vogt (Attac Schweiz)

Inhalt:

I. Strategie-Debatte innerhalb von ATTAC Frankreich:

Jacques Nikonoff:	Nach der Versammlung auf dem Larzac	Seite 2
Gustave Massiah:	Einheit basiert auf Verschiedenheit	Seite 4
Pierre Khalfa:	Unstimmigkeiten	Seite 6
Bernard Cassen:	Brief an Sven Giegold	Seite 8
Jacques Nikonoff:	Nach dem Kampf um die Renten	Seite 9
Strategie-Papier von ATTAC Frankreich: Welche neue Dynamik für ATTAC?		Seite 11

II. Imperialismus-Diskussion

John Bellamy Foster: Neuer und alter Imperialismus		Seite 18

III. Weltgipfel zur Informationsgesellschaft

Wessen Informationsgesellschaft?		
World Summit on the Information Society (WSIS)		Seite 23

Jacques Nikonoff

Nach der Versammlung im Larzac

In diesem Sommer hat die globalisierungskritische Bewegung auf dem "Causse" im Larzac ihre Stärke an den Tag gelegt. Um noch mehr AnhängerInnen an sich zu binden, geht es jetzt um die Klärung ihrer Zielsetzung. Nach der Larzac-Demonstration stehen wir vor neuen Herausforderungen.

Wie viele waren wir im Larzac? 250 000, 300 000 oder noch mehr? Wenn man den Kommentaren in den Medien Glauben schenken darf, so war es die massive Teilnahme, die den stärksten Eindruck hinterlassen hat. Fest steht, dass "Larzac 2003" in Frankreich das bisher größte globalisierungskritische Treffen war. Mit ihm hat sich eine neue Kraft gebildet.

"Larzac 2003" ist der Beweis dafür, dass die gesellschaftliche Mobilisierung vom Frühjahr anhält und bestätigt ferner die Entwicklung der globalisierungskritischen Bewegung als wichtige Akteurin in der sozialen und politischen Debatte. **Heute steht die Bewegung vor vier Herausforderungen**.

Die erste betrifft die Klärung ihres Selbstverständnisses: Die Frage ist, ob sie sich dazu hergeben will, die alte extreme Linke unter einer neuen Maske wieder aufleben zu lassen. Einem Teil der Rechten käme das gelegen. Douste-Blazy, den sich jede Mutter als Schwiegersohn wünscht, meint dazu: "Wir können es nicht hinnehmen, dass von der extremen Linken beherrschte extremistische Gruppen beim Austragen legitimer Kämpfe das Sagen haben!" Für den "Fast-Minister" Copé ist "Larzac 2003" das Werk der extremen Linken, die Frankreich lahm legen will. Halten wir uns lieber an die Tatsachen. Ein Teil der extremen Linken mag sich der globalisierungskritischen Bewegung angeschlossen haben. Es handelt sich dabei vorwiegend um AktivistInnen der Ligue communiste révolutionnaire LCR. Die große Mehrheit von ihnen sind ehrliche MitstreiterInnen, die die Bewegung weder vereinnahmen noch manipulieren wollen.

Was die beiden anderen linksextremen Gruppierungen angeht (Parti des Travailleurs und Lutte Ouvrière), so ist ihnen die globalisierungskritische Bewegung ein Dorn im Auge. Auch als kleine Komponente der Bewegung steht der extremen Linken ein fester Platz in ihr zu, solange sie sich an die demokratischen Regeln der Bewegung hält.

Das heißt jedoch nicht, dass es bei der Frage nach dem Selbstverständnis der globalisierungskritischen Bewegung nur um den Platz der linksextremen AktivistInnen geht. Ihr Bild und ihre Identität entwickeln sich nach und nach aus dem Diskurs, den Aktionen, den Stellungnahmen und Initiativen der Bewegung. Es ist unbestreitbar: Ein linksradikales "Image" mag gelegentlich vorherrschend sein. Zum Beispiel wenn es zu Gewaltanwendung bei Demonstrationen kommt; wenn Schlagwörter wie "Radikalisierung" und "ziviler Ungehorsam" unreflektiert als Leerformeln in die Debatte geworfen werden; wenn ständig zu Straßendemonstrationen aufgerufen wird oder wenn es, wie im Larzac geschehen, zu Aktionen wie der Demontage des Stands der PS (Sozialdemokratische Partei) kommt. Der Extremismus führt nicht zusammen, er trennt. Das für die extreme Linke typische Geschwätz, ihre Gewalt, ihr Gehabe sowie ihr Sektierertum wären das Ende der Bewegung, wenn sie sich ihnen unterwerfen würde. Die Liberalen halten es lieber mit der extremen Linken, weil sie wissen, dass diese sich nie irgendwo durchgesetzt hat und niemals durchsetzen wird. Die globalisierungskritische Bewegung muß sich

uneingeschränkt für die politische Vielfalt, auf der ihr Reichtum und ihre Stärke beruhen, entscheiden.

Die zweite Herausforderung besteht darin, dass unsere Bewegung ihre Alternativen zum Liberalismus genauer definieren muß. Der Antiglobalisierung als Gegengewicht zum Liberalismus folgte die "andere Globalisierung" ("antimondialiste" ist zu "altermondialiste" geworden). Dieser neue Begriff ist das Ergebnis einer tiefgreifenden Entwicklung, die darauf hinausläuft, dass der weiterhin notwendigen Infragestellung des globalen kapitalistischen Systems konkrete, umsetzbare und effektive Alternativen entgegen gesetzt werden müssen. Alle Meinungsumfragen und politische Studien belegen, dass die öffentliche Meinung der Bewegung mehrheitlich mit Sympathie begegnet. Dagegen findet nur eine Minderheit die alternativen Vorschläge der Bewegung glaubwürdig. Das heißt, dass gerade auf diesem Gebiet noch besondere Anstrengungen unternommen werden müssen. Jedoch würde bereits die Umsetzung aller bisher gemachten Vorschläge für eine andere Globalisierung zu tiefgreifenden Umwälzungen führen. Unsere Aufgabe ist es zu sagen, wie diese "andere Welt", die wir für möglich halten, aussieht.

Nehmen wir z.B. den Freihandel, den Pfeiler des Neoliberalismus: Um hier entsprechende Alternativen zu entwickeln, muß noch hart gearbeitet werden. Weder mit einer Reform der Welthandelsorganisation WTO noch mit deren Auflösung ist es getan. Ein ganz anderes System muß her, ein System, das mithilfe effektiver internationaler Solidarität und Kooperation an die Stelle andauernder Handelskriege tritt. Die Arbeitslosigkeit ist ein anderes Beispiel. Alle oder fast alle geben heute zu, dass Arbeitslosigkeit Leiden verursacht; von ihrer Beseitigung aber spricht niemand mehr. So lange Millionen BürgerInnen ohne Arbeit sind, wird es keine "andere Welt" geben. Ein letztes Beispiel betrifft die angebliche Machtlosigkeit des Staates. In diesem Zusammenhang ist es zu einem seltsamen Bündnis zwischen liberalen und libertären Kräften gekommen. In den Augen der Liberalen legt der Staat dem freien Markt Fesseln an. Für gewisse libertäre Kreise ist der Staat grundsätzlich ein repressives Werkzeug in den Händen der herrschenden Klassen. Die Argumentationslinien beider Strömungen ist insofern verquer, als sie dem Staat von vorne herein jede positive Rolle absprechen. In Wirklichkeit ist der Staat das, was die Bürger aus ihm machen. Ziel muß es sein, ihn zu einem Werkzeug des Allgemeininteresses umzufunktionieren, einem Ort sozialer Kämpfe, um ihn zu demokratisieren.

Die dritte Herausforderung der globalisierungskritischen Bewegung besteht darin, erfolgversprechende Bündnisse zu schließen. Die Bewegung muß deutlich machen, mit welchen Organisationen sie Bündnisse schließen und auf welche Gesellschaftsschichten sie Einfluß nehmen will. Von entscheidender Bedeutung ist das Bündnis mit der Gewerkschaftsbewegung. Beachtliche Fortschritte sind hier bereits gemacht worden. So werden in Frankreich in vielerlei Hinsicht gemeinsame Positionen mit der CGT, der G10, FO, CFTC und sogar mit der CFDT entwickelt. Dieses Bündnis ist von großer Bedeutung, denn die Gewerkschaften erheben, objektiv gesehen, die gleichen Forderungen wie die globalisierungskritische Bewegung und stellen in sozialer Hinsicht die einflußreichste Kraft der Gesellschaft dar.

Daneben muß sich die Bewegung klar für die unteren Gesellschaftsschichten öffnen, d.h. für Arbeitslose, prekarisierte Beschäftigte, ArbeiterInnnen und Angestellte. Diese Menschen sind es, die am meisten unter der liberalen Globalisierung leiden und es wäre unverständlich, wenn sie dem Kampf gegen die Ursachen ihrer Schwierigkeiten fern bleiben würden. Und dann gibt es da noch die Jugend. Viele Jugendliche haben gegen Le Pen und gegen den Irakkrieg demonstriert. Bei globalisierungskritischen Versammlungen ist die Jugend immer sehr stark vertreten. Als es dagegen um die Verteidigung der Altersrenten ging, war von ihr nichts zu sehen. Es stellt sich die Frage, was getan werden muß, um der Mobilisie rung der Jugend Kontinuität zu verleihen.

Die vierte Herausforderung der globalisierungskritischen Bewegung betrifft die Verbesserung der Demokratie nach innen. Auf internationaler und nationaler Ebene funktioniert die Bewegung auf der Basis von Kollektiven. Kollektive umfassen auf der Grundlage bestimmter Themen (WTO, Krieg) bzw. bestimmter Ereignisse (Vorbereitung des Gegengipfels zu G8, Larzac usw.) verschiedene Organisationen. Diese Kollektive sind heute das einzige Instrumentarium, um globalisierungskritische Kräfte zusammenzuführen und zwar unter Einschluß auch derjenigen Kräfte, die im Prinzip nicht dazu gehören, die jedoch an einer Kampagne mit bestimmter Zielsetzung mitmachen wollen.

Trotz effektiver Fortschritte bleibt festzuhalten, dass bei bestimmten Kollektiven von wirklicher Demokratie nicht die Rede sein kann. Besondere Anstrengungen müssen bezüglich der Repräsentativität dieser Kollektive und der beteiligten Organisationen gemacht werden. Das Gleiche gilt für den Ablauf von Versammlungen, für die vorbeugende Schutzmechanismen entwickelt werden müssen, um Grüppchen von Sektierern Paroli bieten zu können, die versuchen, das Kollektiv zu manipulieren; und schließlich müssen Anstrengungen gemacht werden, um dem persönlichen Ehrgeiz selbsternannter Sprecher entgegen zu wirken.

Innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung nimmt Attac einen besonderen Platz ein und verfolgt **zwei Ziele**: erstens die **Demontage der neoliberalen Ideologie** und die Heilung der Geister, die von ihrem Virus befallen sind, denn unsere Rolle ist es unter anderem, Gegeninformation zu betreiben; zweitens den **Aufbau von Alternativen zum Neoliberalismus und von einer mehrheitsfähigen Bewegung, die diese Alternativen umsetzen kann.** Dies ist unser Beitrag an die globalisierungs-kritische Bewegung als solche. Diese Aufgabe mag undankbar erscheinen, aber "Blumen wachsen nicht schneller, wenn man auf sie schießt".

Aus dem Französischen übersetzt von Hartmut BRÜHL, ehrenamtlicher Übersetzer coorditrad@attac.org

Gustave Massiah

Einheit basiert auf Verschiedenheit

Zwischen dem Treffen von Larzac und der Sommeruniversität von Arles hatten ATTAC und insbesondere sein Präsident Jacques Nikonoff die Gelegenheit, sich ausgiebig zu den verschiedensten Themen in den Medien zu äußern. Das ist eine gute Sache. Es wurden einige grundlegende Fragen erörtert, insbesondere die Frage der Allianzen, die direkt die Identität von ATTAC betreffen. Einige Positionen wurden hervorgehoben und als schlagende Argumente präsentiert. Jacques hat während der Sommeruniversität betont, dass es ihm darum gehe, eine Debatte zu eröffnen. In diesem Sinne möchte ich meine Sicht bezüglich einiger Punkte darstellen, insbesondere zur Verunglimpfung der radikalen Linken und der Einbeziehung der Sozialistischen Partei (PS, Sozialdemokratische Partei Frankreichs), zur Infragestellung des zivilen Ungehorsams, zur Verachtung der Libertären und zur Rolle der Repräsentativität bei Allianzen. Ich möchte auch noch einmal auf die Rolle und die Modalitäten der Debatte für die Identitätsbildung von ATTAC zurückkommen. Der Rahmen der Diskussion bildet für mich die Erarbeitung von Positionen und nicht die Polemik, um zu zeigen, dass die Organisation ATTAC in der Lage ist, ihrer Vielfalt Rechnung zu tragen und daraus ihren Reichtum zu beziehen.

Es erscheint mir nicht klug, damit zu beginnen, unsere Identität durch eine Verunglimpfung der extremen Linken zu bestimmen. Sicher kann ATTAC nicht als eine linksradikale Organisation bezeichnet werden und das ist auch nicht ihr Bestreben. Es geht auch nicht darum, die radikale Linke kritiklos zu verteidigen. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass die Verunglimpfung der radikalen Linken in Frankreich aus einer bestimmten politischen Richtung kommt. Erinnern wir uns daran, dass das Etikett der extremen Linken von der Rechten erfunden wurde, um die kommunistische Partei zu marginalisieren und die SFIO (Section Française de l'Internationale Ouvrière, Französisch Sektion der Arbeiter-Internationale) an sich zu binden. Ich möchte hier an drei Fälle erinnern, die die Gefahren aufzeigen, die bestehen, wenn man sich über die Verunglimpfung der radikalen Linken statt über eigene Ziele definiert.

Der erste Fall bezieht sich auf die Entwicklung der Kommunistischen Partei. Sicher sind die Faktoren, die den Zusammenbruch der KP erklären, vielfältig. Aber man muß zugeben, dass die Bezeichnung der KP als linksradikal sie nicht daran gehindert hat, bis zu 25% der Stimmen zu erreichen und eine wesentliche Rolle bei der Verteidigung der Interessen der unteren Schichten zu spielen. Als die KP sich später um jeden Preis von Linksradikalismus abgrenzen wollte, konnte sie damit ihr Absinken unter 5% Stimmenanteil nicht verhindern. Die sozialistische Partei hat seit 1978 und seit dem Scheitern des Gemeinsamen Programms stets darauf bestanden, dass sich die KP von der extremen Linken distanziert. Diese Strategie der "Umarmung" war letztlich erfolgreich und für die KP fatal.

Der zweite Fall ist die PSU (Vereinigte Sozialistische Partei). 1971 hat Rocard am Parteitag der PSU in Lille erklärt: "Zehntausende von Aktivisten warten darauf, in die PSU einzutreten, wenn die radikale Linke sie verläßt". Zwei Jahre später trat Rocard, nachdem er die linken Strömungen eliminiert hatte, die als linksradikal bezeichnet wurden, in die Sozialistische Partei über.

Der dritte Fall betrifft die CFDT (einen der wichtigsten Gewerkschaftsverbände), von Edmond Maire bis Nicole Notat und François Chérèque. Das systematische Denunzieren der extremen Linken durch den Vorwurf eines mythischen Komplotts ist das Mittel, um eine Neupositionierung der CFDT in Richtung Mitte zu erreichen. Dies mit der Absicht, die CFDT "salonfähig" zu machen und ihm bei den Unternehmern Anerkennung als "verantwortungsbewußten" Verhandlungs-partner zu verschaffen.

Sicher, es gibt keinen Grund, sektiererische und dogmatische Praktiken zu billigen. Gleichzeitig ist zu betonen, dass sich diese Verhaltensweisen nicht nur bei der radikalen Linken finden und dass sie als solche bekämpft werden müssen. Ich erinnere daran, dass der Grund für das Unglück der Linken nicht die radikale Linke ist, sondern die Linke selbst!

Diese Frage schließt sich an die Frage der Radikalität und der Formen des Kampfes an. Viele setzen Radikalität mit Gewalt gleich und wir werden aufgefordert, uns davon zu distanzieren. ATTAC hat sich immer als eine radikale Vereinigung gesehen, indem sie die Übel an der Wurzel gepackt hat. Es geht nicht darum, die Gesellschaft zu verwalten, sondern sie umzugestalten, eine andere mögliche Welt aufzubauen. Und wir wissen, dass es widersprüchliche Interessen gibt, welche nicht die Zustimmung aller gewinnen können, insbesondere nicht die Zustimmung der Herrschenden und der Privilegierten. Soziale Kämpfe und Bewegungen sind Formen des Widerstands gegen eine Gewalt, die es erlaubt, eine ungerechte und unerträgliche Welt aufrechtzuerhalten. Aber wir kennen auch die Konsequenzen der Kampfformen, welche Gewalt vorziehen und wir wissen, wie damit die Hoffnung auf Befreiung und Emanzipation erstickt wurde. Dies erklärt auch die Aktualität der Gewaltlosigkeit, welche diese schreckliche Warnung von Gandhi enthält: "Wenn die Gewaltlosigkeit scheitert, dann sind wir verurteilt, zu töten oder zu verraten". Eine der Antworten auf diesen Widerspruch ist, neue Formen des kollektiven Kampfes wie zivilen Ungehorsam und aktive Gewaltlosigkeit zu finden. Daher müssen wir vorsichtig sein, damit wir Formen von legitimem Widerstand nicht schwächen und uns nicht von zivilem Ungehorsam distanzieren, wenn er zur Mobilisierung von Massen eingesetzt wird.

Die Frage der radikalen Linken führt offensichtlich zur Frage der Linken und demzufolge zur Sozialistischen Partei. Wie es der Präsident von ATTAC gesagt hat, möchte die Rechte die Bewegung nutzen, um die Sozialistische Partei zu isolieren; auf ein solches Spiel darf man sich nicht einlassen. Sicher ist der Angriff auf den Stand der Sozialistischen Partei im Larzac bedauerlich, denn nun kann sich diese als Opfer darstellen und sich auf die Meinungsäußerungsfreiheit berufen. Wenn man dieses Recht für die PS gegen mitunter fragwürdige Formen von Protest verteidigt, muß man aber gleichzeitig unsere Haltung gegenüber dieser Partei präzisieren. Man muß verstehen, warum sich so viele AktivistInnen und

Gruppierungen über die Sozialistischen Partei entrüsten. Nachdem sie die Probleme mit ihren internen Strömungen gelöst hat, glaubt die PS nun, dass sie auch ihre Probleme mit der Gesellschaft gelöst hat. Sie hält es nicht für nötig, über ihre Verantwortung Rechenschaft abzulegen und schiebt alles Übel auf den Sündenbock Lionel Jospin. Die PS geht so weit, dass sie all jene für den Zustand der Gesellschaft verantwortlich macht, die nicht für sie gestimmt haben – ohne sich zu fragen, weshalb es wohl so gekommen ist. Sie meint, sie müßte nicht Stellung nehmen zur Kritik der Politik der liberalen Linken oder zur Politik, die sie verfolgen würde, wenn sie wieder an die Macht käme, wie sie es fordert. Nach Meinung der PS reicht die Angst vor einem neuen 21. April, damit alle die PS wählen, ohne dass sie diese über ihre Vorschläge Gedanken machen müßte. Aber da irrt sie sich! Sie legt eine erhebliche Arroganz an den Tag, wenn sie meint, dass die globalisierungskritische Bewegung zwar kritisiert, letztlich aber keine andere Wahl hat als die PS zu unterstützen. Die PS orientiert sich an ihren Beratern, die ständig in den Medien erscheinen: diese raten ihr, sich nicht nach der globalisierungskritischen Bewegung zu richten, der sie ein linksextremes Wesen andichten. Währenddessen widmet sich die PS ihrer Lieblingsbeschäftigung, nämlich die Suche nach Kompromissen zur Mitte hin.

Ich möchte betonen, dass ich die leichtfertige und meiner Ansicht nach falsche Gleichsetzung der Freiheitlichen mit den Libertären nicht mag. Sie unterschätzt vollkommen die Frage der Freiheit und der Demokratie. Die strategische Debatte zwischen Libertären und Kommunisten bildete den Grundstein der Identität der ArbeiterInnenbewegung. In dieser Debatte ist der Widerspruch, der dem Staat anhaftet, zentral. Wie es Engels schon ganz vorzüglich und dialektisch ausgedrückt hatte, ist "der Staat ein Klassenstaat, aber um ein Klassenstaat zu sein, muß er über den Klassen stehen". Die Frage des Staates ist heute die zentrale Frage jeglicher philosophischen und politischen Debatte. Sie steht im Zentrum der Trauer um den gescheiterten sowjetischen Weg, welcher die Bedeutung von Freiheit und Demokratie nicht anerkannt hat. Die Frage des Staats ist auch für die – trotz tiefer Widersprüche – emanzipatorische Dimension der Kämpfe der 1970er Jahre (insbesondere Larzac, Lip, Malville, Sonacotra usw.) und für die 1968-Bewegung zentral.

Die Frage der siegreichen Allianzen kann nicht alleine mit Überlegungen zur Repräsentativität oder Mehrheitsfähigkeit gelöst werden. Natürlich ist dies ein wichtiger Aspekt, jedoch kann er nicht das entscheidende Kriterium sein. Das Konzept der Repräsentativität oder Mehrheitsfähigkeit stützt sich auf die schwierige Frage der Mehrheitsbildung in demokratischen Abläufen. Dass eine Position von einer Mehrheit vertreten wird, garantiert noch nicht deren Richtigkeit. Selbst als die Mehrheit der Franzosen und ihrer gewählten Vertreter die Kolonisierung befürworteten, waren die anti-kolonialen Kämpfe nicht weniger gerechtfertigt. Es gilt, Widersprüche und Brüche aufzuzeigen, denn in ihnen liegen Potentialitäten für eine andere Zukunft. Es geht nicht um Verherrlichung von Minderheiten und kleinen Gruppierungen, sondern um das Erkennen von bedeutungsvollen Minderheiten, welche Strukturen der Gegenwart und Leitlinien für die Zukunft in sich bergen. Diese Frage ist nicht unbedeutend für die französische Gesellschaft, welche immer wieder von Marginalisierung und Ausgrenzung geprägt war. Institutionelle Strukturen spielen eine wesentliche Rolle bei der Sozialisation, nicht immer jedoch bei der Entstehung von Neuem. Man kann sich entscheiden, den Schwerpunkt auf Allianzen mit mehrheitsfähigen Kräften zu legen; das bedeutet nicht unbedingt, dass man dies auf Kosten von anderen wichtigen Partnern tun sollte.

Die Frage der Allianzen ist direkt verbunden mit dem Wesen und der Identität von ATTAC. Diese Identität ist nicht zu trennen von der Entwicklung der globalisierungskritischen Bewegung. ATTAC findet sein Daseinszweck in dieser Bewegung, und diese Bewegung ist schwer vorstellbar ohne ATTAC. Diese Bewegung hat sich – nicht zuletzt dank ATTAC – konsolidiert und erweitert. Sie besteht nicht nur aus ATTAC. Das ist der Hauptgrund für die Fragen, die sich im Zusammenhang mit einer neuen Phase von ATTAC stellen. Dabei geht es nicht nur um Allianzen, sondern auch um die Erweiterung der Basis dieser Bewegung. Eine Formel heißt: ATTAC stärken und der Bewegung vorschlagen, sich um ATTAC herum zu gruppieren. Es gilt auch, neue Formen von Bewegungen zu denken und zu erfinden. ATTAC hat dies geschafft, indem sie eine wesentliche Rolle bei der Entstehung der Sozialforen gespielt hat und es gewagt hat, die Interessen der Bewegung nicht ihren eigenen Interessen zu opfern. Diese Orientierung bedeutet nicht, dass die Stärkung von ATTAC selbst nicht mehr wichtig wäre, jedoch gibt es verschiedene Arten von Stärkung. Mit diesem Bewußtsein wiegt man sich weniger in Sicherheit, jedoch ist es eine entscheidende Bedingung dafür, dass ATTAC nicht zu einer Quasi-Partei wird und dass neue Formen von Politik erprobt werden können. ATTAC und die globalisierungskritische Bewegung sind bisher diesen Weg gegangen, indem sie Alternativen zur Entpolitisierung aufzeigten.

Noch ein letzter Punkt: Die Erfahrungen von letztem Sommer werfen Fragen zu den Formen einer Debatte im Funktionieren von ATTAC auf. Dies umso mehr, als die Formen von Debatten die Identität von ATTAC prägen. Der Präsident und die Mitglieder von ATTAC müssen rasch reagieren, insbesondere bezüglich Fragen, die noch nicht diskutiert oder entschieden wurden. Ich bin nicht dafür, das Recht auf Meinungsäußerung und Reagieren einzuschränken. Eine hohe Transparenz birgt natürlich das Risiko, dass ATTAC permanent unter Druck gerät durch Interpretationen der Medien. Jedoch ist es keine Lösung, dem Präsidenten das Monopol über Mitteilungen nach außen zu überlassen. Damit würden wir riskieren, ein anderes Gesicht zu bekommen: der Präsident würde zu einer Autoritätsperson; die anderen könnten entweder ihre Zustimmung verkünden oder ihre Mißbilligung einen begrenzten Personenkreis mitteilen. Sie würden sofort mit dem Vorwurf konfrontiert, ATTAC schaden zu wollen, falls Elemente der Diskussion nach außen dringen. Es geht nicht um Unterstellungen – sondern um die Notwendigkeit, echte Widersprüche sinnvoll zu handhaben.

Aus dem Französischen übersetzt von Kirsten HEININGER und Yan-Christoph PELZ, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen coorditrad@attac.org

Pierre Khalfa

Unstimmigkeiten

In einem Kommentar in Libération am 18.8.03 und einem Interview in Le Monde am 23.8.03 erläutert Jacques Nikonoff, Präsident von ATTAC Frankreich, wie er nach dem Erfolg der Mobilisierung im Larzac die Orientierung der globalisierungskritischen Bewegung sieht.

Schnell abhaken können wir die Punkte, über die Einvernehmen besteht, wie z B. die Notwendigkeit, unsere Alternativen in Zukunft besser zu verdeutlichen. In der globalisierungskritischen Bewegung besteht Einvernehmen darüber, "dass die notwendige Kritik an der kapitalistischen Globalisierung ständig durch konkrete, umsetzbare und wirksame Alternativen ergänzt werden muß." Abhaken können wir auch die verengte Sichtweise bezüglich der Rolle des Staates. Unser Verhältnis zum Staat darf sich nicht darauf beschränken, für dessen Demokratisierung zu kämpfen. Erfolgreich wäre dieser Kampf übrigens nur dann, wenn gleichzeitig in der Gesellschaft eine Gegenmacht entwickelt würde. Dieser Aspekt ist um so entscheidender, als viele BürgerInnen heute daran interessiert sind, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen und zu Recht allen Verfahren mißtrauen, bei denen delegiert wird. Der Kern des Artikels von Jacques Nikonoff ist jedoch ein anderer.

Die Rolle der Gewerkschaften

Die Frage, welche Bündnisse die globalisierungskritische Bewegung eingehen muß, stellt Jacques Nikonoff einzig in einen Zusammenhang mit den Gewerkschaften. Abgesehen von dem Schnitzer, dass er die FSU (immerhin Gründungsmitglied von ATTAC) und die UNSA, die bis zum Schluß an den Aktionen zur Verteidigung der Renten teilgenommen hat, mit keinem Wort erwähnt, kann man die Frage der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der globalisierungskritischen Bewegung nicht als Bündnis bezeichnen. Schon heute sind in vielen Ländern Gewerkschaften ebenso wie andere Organisationen mit ihren jeweiligen Eigenheiten integraler Bestandteil der globalisierungskritischen Bewegung. Für sie ist der Kampf gegen die liberale Globalisierung kein Nebenkriegsschauplatz, weil die Globalisierung des Kapitals ganz entscheidend die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten bestimmt. Diskutiert werden muß über die Art der Hindernisse, die aus dem Weg geräumt werden müssen und die eine uneingeschränkte Mitarbeit der Gewerkschaften verhindern. Dabei geht es vor allem um die politische Orientierung vieler Bereiche der Gewerkschaftsbewegung, die Jacques Nikonoff außer Acht läßt.

Die Charta von Porto Alegre enthält einen wertvollen Hinweis zu den politischen Grundlagen der globalisierungskritischen Bewegung, wenn sie das Sozialforum als "Plattform für Instanzen und Organisationen der Zivilgesellschaft" definiert, "die sich dem Neoliberalismus und der Beherrschung der Welt durch das Kapital sowie jeder Form des Imperialismus widersetzt und die sich dafür einsetzt, eine humane Weltgesellschaft aufzubauen", die alternative Entwürfe entwickelt und "die dem kapitalistischen Globalisierungsprozeß, der den Interessen der transnationalen Unternehmen dient und von Regierungen und internationalen Institutionen unterstützt wird, eine Absage erteilt." Gerade diese Punkte sind für einen Teil der Gewerkschaften problematisch. So hat es die CFDT (einer der größten Gewerkschaftsverbände) bekanntlich abgelehnt, im Gegensatz zur CGT, FO, FSU und der Gewerkschaftsunion "G10 Solidaires", die Erklärung des französischen Initiativkomitees für das Europäische Sozialforum ESF zu unterschreiben, weil sie mit diesen Punkten der Charta von Porto Alegre nicht einverstanden war.

Deshalb ist es merkwürdig, wenn Jacques Nikonoff von Übereinstimmungen mit der CFDT spricht, wo doch gerade diese Organisation keine Gelegenheit ausläßt, die globalisierungskritische Bewegung im Allgemeinen und ATTAC im Besonderen zu verunglimpfen, der sozialen Bewegung für die Verteidigung der Renten in den Rücken fällt, von den freien MitarbeiterInnen des Kulturbetriebes ganz zu schweigen. Diese Positionierung hat grundsätzlichen Charakter: Die CFDT will eine Kraft sein, an der man nicht vorbeikommt, wenn es um liberale Reformen geht, Reformen, die ihrer Meinung nach unvermeidlich, ja wünschenswert sind. Diese Orientierung widerspricht völlig der Ausrichtung der globalisierungskritischen Bewegung. Das heißt natürlich nicht, dass Bereiche und AnhängerInnen der CFDT, die mit dem Dachverband nicht einverstanden sind, nicht aktiv in der globalisierungskritischen Bewegung mitarbeiten können. Heute ist das übrigens schon der Fall. Fest steht, dass die CFDT es gegenwärtig ablehnt, sich der globalisierungskritischen Bewegung anzuschließen. Von Übereinstimmung kann folglich überhaupt keine Rede sein.

Eine linksradikale Bewegung?

Die wichtigste Frage, die Jacques Nikonoff aufwirft, und die einen breiten Niederschlag in der Presse gefunden hat, betrifft die Identität der globalisierungskritischen Bewegung. Jacques Nikonoff ist der Meinung, dass sie linkslastig sei. Er beanstandet nicht in erster Linie die Mitarbeit linksradikaler AktivistInnen in der Bewegung – mit der Ligue communiste révolutionnaire LCR ist er gar zufrieden. Hingegen prangert er unterschiedslos eine Reihe von Praktiken an: Gewalt bei Demonstrationen, zivilen Ungehorsam, häufige Aufrufe zu Demonstrationen, Angriff auf den PS-Stand im Larzac. Eine solche Vermengung kann einen schon verblüffen. Gehen wir kurz alles der Reihe nach durch.

Dass die Demontage des PS-Stands völlig kontraproduktiv war, darüber gibt es bei uns überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten, weil das nicht unseren Wertmaßstäben entspricht. Wenngleich dieses Vorgehen auch im Zusammenhang mit dem Ärger gesehen werden muß, den viele Aktivisten gegenüber der PS verspüren. Aber darüber hinaus und im Gegensatz zu den Äußerungen von Jacques Nikonoff besteht in der Bewegung Einigkeit in der Gewaltanwendungs-

frage. Die verschiedenen Kräfte der Bewegung haben sich schon mehrfach für die aktive Gewaltlosigkeit ausgesprochen. Dieser Grundsatz beinhaltet zunächst die Ablehnung von Gewalt gegen Personen und Sachen, aber darüber hinaus gilt bei Demonstrationen, dass wir uns nicht von vornherein den Wünschen der Polizeibehörden und Regierungen beugen und ebenso wenig den Einschränkungen, die sie der Bewegung auferlegen. Es geht folglich bei jeder Initiative darum, in der Bewegung eine Diskussion über die Frage zu führen, was opportun ist und was nicht.

Außerdem sind die gewaltsamen Auseinandersetzungen häufig auch das Resultat von Polizeiaktionen, deren Ziel es ist, die Bewegung in Mißkredit zu bringen. Seit Genua gab es bei großen Mobilisierungen der Bewegung keine Gewaltvorkommnisse, dies gilt besonders für die Abschlußdemonstration des Europäischen Sozialforums ESF in Florenz. Marginal war auch die Gewaltanwendung während des letzten G8-Gipfels. Deshalb ist es sehr schädlich, wenn Jacques Nikonoff das Bild übernimmt, das gewisse Medien von der Bewegung zeichnen.

Der zivile Ungehorsam ist heute eine Aktionsform, die sehr unterschiedliche Organisationen anwenden, wie etwa Greenpeace im internationalen Umweltschutz, Act-up, die sich um die gesellschaftliche Betreuung von Kranken kümmert, DAL, die in wenigen Jahren Tausenden von Familien eine Bleibe verschafft hat oder die Confédération paysanne, die die öffentliche Meinung für GMOs durch das Herausreißen genmanipulierter Pflanzen sensibilisiert hat. Wer heute solche Aktionsformen kritisiert, mißbilligt gleichzeitig öffentlich die betreffenden Organisationen und sieht vor allem nicht, inwieweit gerade auch diese Praktiken zur Verbreitung unserer Ideen beitragen. Und schließlich der Vorwurf gegen die Demonstrationen, zu denen alle naselang aufgerufen wird. Dieser Vorwurf löst schon deshalb ein gewisses Unbehagen aus, als wir selbst Teil der sozialen Bewegung sind, die ja gerade hinter diesen Demonstrationen steht. Dieses Unbehagen ist um so größer, als Jacques Nikonoff kein Wort über die Entwicklung eines effektiven Kräfteverhältnisses verliert, das es uns erlaubt, unsere alternativen Vorschläge durchzusetzen. Diese Frage, bei der es sich um die wichtigste Herausforderung für ATTAC und die globalisierungskritische Bewegung handelt, wird an keiner Stelle thematisiert. Die Rolle von ATTAC scheint einzig Gegenstand einer theoretischen Debatte zu sein. So stellt sich die Frage, ob sich hinter dem Vorwurf der Linkslastigkeit nicht die Weigerung verbirgt, überhaupt aktiv zu werden.

Die Identität der Bewegung

Jacques Nikonoff hält eine Klärung der Identität der globalisierungskritischen Bewegung für erforderlich. Er ist der Meinung, dass das nicht ohne eine öffentliche Kritik der Orientierungen und Praktiken geht, die er für linksextrem hält. Wir müssen also auf das Wesen unserer Bewegung zurückkommen. In der Vergangenheit haben sich die emanzipatorischen Bewegungen auf der Grundlage klarer strategischer Abgrenzungen entwickelt, die mehr oder weniger mit historischen Ereignissen (Pariser Kommune, Erster Weltkrieg und Russische Oktoberrevolution, Triumph des Stalinismus, kubanische und chinesische Revolution) verbunden waren. Im Zusammenhang mit der angestrebten Machtergreifung hatten diese strategischen Abgrenzungen – besonders die Diskussion über "Reform oder Revolution" – für diese Bewegungen eine strukturierende Funktion, aus der sich eine bestimmte politische Streitkultur entwickeln hat. Meinungsunterschiede innerhalb der Bewegung wurden dabei oft für wichtiger erachtet als diejenigen gegenüber dem gemeinsamen Feind. Gewiß hat diese Kultur nicht nur die extreme Linke, sondern auch die KPs und sozialdemokratischen Strömungen geprägt.

Ganz anders ist die Lage der aktuellen Bewegungen, die sich über strategische Abgrenzungen heutzutage nicht streiten. Diesen Bewegungen geht es nicht um die Macht, sondern vor allem um die Entwicklung einer Gegenmacht, und damit sind sie schon voll ausgelastet. Die Gründe, die zu dieser Situation geführt haben, sind in den 1980-1990er Jahren zu suchen: Niederlagen der Arbeiterbewegung, Triumph des Liberalismus, Niederschlagung aller alternativer Projekte zum Kapitalismus. Die Wesensmerkmale der aktuellen Bewegung sind folglich völlig neu. Sie vereint Organisationen und Bewegungen, deren Tätigkeitsbereiche zersplittert sind und die eine unterschiedliche Geschichte und politische Ausrichtung haben. Es handelt sich folglich um eine völlig heterogene Bewegung. Diese Vielfalt ist eine Stärke der Bewegung, weil sie erlaubt, einen großen politischen Raum abzudecken und neue Akteure zu integrieren. Das ist der Grund für die Suche nach einem Konsens, mit dem unterschiedliche Herkunft überwunden und gemeinsame Positionen entwickelt werden können. Dieses Prinzip schließt nicht aus, dass sich innerhalb der Bewegung bestimmte Kräfteverhältnisse entwickeln und dass der Konsens oft das Ergebnis einer Einigung zwischen den in der sozialen Bewegung vorherrschenden Kräften ist. Es mag Momente geben, in denen sich bestimmte Organisationen, die sich in einer Schlußentscheidung nicht wiedererkennen, von dieser Einigung ausgeschlossen fühlen. Dadurch entwickelt sich jedoch – trotz Schwierigkeiten – eine neue politische Kultur, die vom Willen getragen ist, gemeinsam etwas auf den Weg zu bringen, Kompromisse zu schließen und den anderen zu respektieren.

Die Identität der globalisierungskritischen Bewegung ist folglich komplex und vielgestaltig. Jeder Versuch diese Identität, dadurch zu klären, dass die eine oder andere Komponente durch eine Basta-Entscheidung brutal ausgeschlossen wird, jeder Versuch einer künstlichen politischen Gleichschaltung, jede Verunglimpfung eines Teils der Bewegung muß auf Dauer zu ihrer Auflösung führen. Diese Auflösung wird seit Seattle von all denjenigen angekündigt und erhofft, die in der globalisierungskritischen Bewegung nur ein Strohfeuer sehen. Wenn sie bisher nicht stattgefunden hat, so ist das der politischen Kultur zu verdanken, die die Bewegung entwickelt hat. In dieser Hinsicht sind die Erklärungen von Jacques Nikonoff völlig kontraproduktiv, weil sie eine Neuauflage alter Konfrontationen mit sich bringt und Feindbilder innerhalb der Bewegung entstehen läßt.

Abgesehen von der Frage des Demokratieverständnisses, die solche Erklärungen aufwerfen, welche bisher noch nie kollektiv im Rahmen der Organisation diskutiert wurden, stellt sich hier also ein grundsätzliches politisches Problem, das sich auf die Rolle von ATTAC innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung bezieht. Soll ATTAC im Interesse einer Klärung der politischen Orientierung die Bewegung spalten oder im Gegenteil eine Organisation verkörpern, die als Bindeglied fungiert und allen an der Globalisierungskritik interessierten Kräften die Zusammenarbeit ermöglicht?

P.S.: Auch wenn sie nicht den Schwerpunkt seiner Aussagen betreffen, so enthalten doch die Passagen über die Aktionen zur Altersversorgung in Le Monde eine Reihe von Unwahrheiten, die korrigiert werden müssen:

- Jacques Nikonoff behauptet, dass die Frage des Profits von der Bewegung nicht in den Vordergrund gestellt wurde. Das trifft nicht zu: Sie war sogar ein Schwerpunkt der Forderungen, so dass die Ökonomen, die in Opposition zu der Bewegung stehen, ‚Flagge zeigen' und versuchen mußten, diese Forderung zu widerlegen.
- Er behauptet, dass einer der "sachlichen" Gründe für das Scheitern des Kampfes gegen die Rentenreform bei den Zwischenfällen auf der Place de la Concorde zu suchen ist, für die er implizit die DemonstrantInnen verantwortlich macht; wohingegen alle Zeugenaussagen übereinstimmend bestätigen, dass die Polizei dafür die Verantwortung zu tragen hat. Das Gleiche gilt für den Brand in den Büros des MEDEF (Dachverband der Unternehmer) und die Drohung, die Abiturprüfungen nicht abzuhalten, obgleich zu dieser Zeit die Protestwelle nach den Höhepunkten am 13. und 15. Mai bereits merklich am Abklingen war. Man kann sicher über die Gründe des Scheiterns diskutieren; fest steht jedoch, dass sie damit nichts zu tun haben;
- Er behauptet, dass die Beschäftigten des Privatsektors an den Aktionen nicht beteiligt waren; politisch aber war gerade die Tatsache neu, dass zum ersten Mal seit einem Vierteljahrhundert Lohnabhängige des Privatsektors – die meisten freilich aus Großunternehmen – an einer breiten Protestaktion teilgenommen haben.

Aus dem Französischen übersetzt von Hartmut BRÜHL und Hildegard TISCHER, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen
coorditrad@attac.org

Bernard Cassen

Brief an Sven Giegold

Lieber Sven,

Es tut mir sehr leid, dass ich bisher keine Zeit gefunden habe, Deine Fragen in Bezug auf das, was ich in Frankfurt gesagt habe, zu beantworten.

Wie Du weißt, habe ich an einem akademischen Symposium teilgenommen und eher als politischer Analytiker der Redaktion von "Le Monde Diplomatique" denn als Ehrenpräsident von ATTAC Frankreich gesprochen. Das war im Wesentlichen eine freie Rede, für die ich bloß Notizen verwendet habe. Daher gibt es keinen Redetext, den ich Dir schicken könnte. Aber ich erinnere mich genau an das, was ich bezüglich des Weltsozialforums WSF, des Europäischen Sozialforums ESF und der Bewegung im Allgemeinen gesagt habe. Das möchte ich im Folgenden zusammenfassen.

1. Ich habe das Publikum daran erinnert, dass soziale Foren, gemäß der Prinzipien-Charta von Porto Alegre, keine eigentlichen Strukturen sind, die zu politischen Aussagen berechtigt wären, sondern lediglich einen Rahmen bilden und einen Prozeß darstellen. Ich habe auch gesagt, dass in einem Forum alle sozialen Bewegungen, die das wünschen, vollkommene Freiheit haben und sogar aufgefordert sind, Aussagen zu machen, an gemeinsamen Strategien zu arbeiten etc. Aber diese Verlautbarungen sind nur für jene bindend, die sie machen, nicht für das Forum als ganzes.

2. Dann habe ich erklärt, dass die Versuchung, das WSF zu einer eigentlichen Struktur zu machen, von Anfang an im Raum stand, seit der selbsternannten Versammlung der sozialen Bewegungen, die während des ersten WSF in Porto Alegre 2001 abgehalten wurde. Die Schlußerklärung dieser Versammlung wurde fälschlicherweise von einigen Medien als eine WSF-Aussage gewertet, und einige der Unterzeichnenden haben wenig getan, um diesen Sachverhalt richtig zu stellen.

3. Seitdem haben dieselben Bewegungen, von denen viele mit der Vierten Internationale in Verbindung stehen und die nur eine winzige Minderheit der Organisationen darstellen, die am WSF teilgenommen haben, ihr Bestes getan, um diese Verwirrung aufrecht zu halten. Sowohl auf französischer wie auch auf europäischer Ebene mußten wir harte Kämpfe ausstehen, um das ESF selbst (12.-15. November) und die Veranstaltungen, die Teil des ESF-Prozesses sind (darunter natürlich auch die Europäische Versammlung der sozialen Bewegungen am 16. November), bezüglich der Daten im Programm deutlich auseinander zu halten. Und der Kampf ist alles andere als vorbei.

4. Ich habe betont, dass hinter diesen Manövern kontroverse Ansichten über die gegenwärtige politische Situation und daher auch über die zu verfolgenden Strategien stehen.

Auf der einen Seite gibt es jene, die glauben (oder vorgeben zu glauben), dass die Gesellschaften immer radikaler werden,

insbesondere in Europa, und diese Radikalisierung belegen sie mit der Anzahl der TeilnehmerInnen bei Aufmärschen und Demonstrationen. In der Folge müßten wir "die Bewegung radikalisieren", um Vittorio Agnoletto auf dem ESF in Florenz zu zitieren. Natürlich folgt daraus, dass zuvor erwähnte, selbst ernannte "soziale Bewegungen" zur Bildung einer Vorhut am besten geeignet wären.

Andererseits gibt es jene (und ich zähle mich selbst dazu), die diese Analyse äußerst fehlerhaft finden. Ich glaube, dass leider kein Zusammenhang besteht zwischen der Anzahl der DemonstrantInnen und dem Grad der Radikalisierung einer Gesellschaft: Demonstrationen mit einem einzigen bestimmten Ziel (insbesondere gegen den Krieg) bedeuten nicht, dass das politische Bewußtsein dieser TeilnehmerInnen sich auf allgemeinere Vorschläge erstreckt wie die Notwendigkeit, eine von Konzernen geführte Globalisierung zu bekämpfen. Das jüngste Beispiel ist Spanien: Millionen Demonstrierende und eine massive Ablehnung des Krieges in der Öffentlichkeit haben ein paar Wochen später zu äußerst enttäuschenden Wahlergebnissen geführt, bei denen die PP kaum an Boden verloren hat.

Wenn dies auch frustrierend ist, so handelt es sich doch um harte Fakten, mit denen wir bei der Ausarbeitung unserer Strategien umgehen müssen. Wenn diese Analyse richtig ist, bedeutet das, dass noch viel Arbeit zu tun ist, um die vielen wirklich repräsentativen sozialen Bewegungen (vorneweg die Gewerkschaften), die in einigen Punkten mit uns übereinstimmen und in anderen nicht, davon zu überzeugen, dass sie wertvolle PartnerInnen darstellen. "Die Bewegung radikalisieren" ist die sicherste Art, sie vor den Kopf zu stoßen und für unseren weltweiten Kampf zu verlieren. Mit anderen Worten, ich glaube, es gibt immer noch keine "kritische Masse" mit politischem Bewußtsein, um einen großen Sprung nach vorn zu machen. Wir sind immer noch in einer Phase der "primitiven Akkumulation".

Das hat nichts damit zu tun, was ich mir persönlich als Ergebnis wünsche, aber bei der Einschätzung der politischen Realitäten hat Wunschdenken nichts zu suchen.

Natürlich kannst du diese Emailnachricht an interessierte Mitglieder von ATTAC Deutschland weiterleiten.

Mit solidarischen Grüßen

Bernard Cassen, Ehrenvorsitzender und Koordinator des Internationalen Ausschusses von ATTAC Frankreich.

Aus dem Englischen übersetzt von Henning BOCHERT und Bernt LAMPE, ehrenamtliche Übersetzer coorditrad@attac .org

---

Jacques Nikonoff
Nach dem Kampf um die Renten

Der im Frühling geführte Kampf für die Verteidigung der Renten und der Schule war ein halber Erfolg für die Regierung und eine halbe Niederlage für die sozialen Bewegungen. Warum diese widersprüchliche Bilanz? Ganz einfach weil die Regierung und der MEDEF (Dachverband der Unternehmer) nicht alle ihre Ziele erreicht haben.

Seit Anfang der neunziger Jahre sind viele Regierungen stark von der Rentenanalyse der **Weltbank**, bekannt unter dem Namen **"Drei-Säulen-Modell"**, beeinflußt. Die erste Säule ist die der **Sozialfürsorge**, die "so reduziert wie möglich" sein sollte. Die zweite sollte aus **Pensionsfonds**, mit obligatorischen Beiträgen und von privaten Pensionskassen verwaltet, bestehen. Die dritte Säule besteht aus **steuerbegünstigtem, individuellem Sparguthaben**. Um diese Ziele zu erreichen, schlägt die Weltbank vor, zuvor die Renten zu kürzen und die Beitragsdauer zu verlängern (um die ArbeitnehmerInnen "freiwillig" dazu zu bringen, mit individuellem Sparen und Lebensversicherungen vorzusorgen). Nur die letzteren beiden Ziele sind erreicht worden.

Der MEDEF hatte zwei Ziele, die er beide nicht erreichte: Verlängerung der Beitragszeit auf 45 Jahre und die Schaffung eines Systems von privatwirtschaftlichen Pensionsfonds, das dem des öffentlichen Sektors entspricht ("Préfon"). **Die Regierung hatte mehrere Ziele.** Auf der politischen Ebene mußte Raffarin seiner Wählerschaft beweisen, dass seine Politik sich von der Jospins unterscheidet. Das war nur ein halber Erfolg, denn die am meisten rechts stehenden WählerInnen werfen der Regierung vor, nicht weit genug gegangen zu sein. Nach der außergewöhnlichen Wahl Chiracs hätte die Regierung auch den Einfluß seiner politischen Mehrheit auf die Gesellschaft verstärken müssen. Ein Berater von Raffarin gibt zu: "Der Regierung ist es nicht gelungen, ihre Basis zu erweitern." Auf ideologischer Ebene wollte der Ministerpräsident den Kampf um die öffentliche Meinung gewinnen: Er hat ihn verloren. Bis zum Schluß blieben bei Umfragen die Meinungen den Streiks und Demonstrationen mehrheitlich gut gesinnt: bis zu 70% unterstützten sie. Nur im Fall von Gewalt (die Vorfälle auf der Place de la Concorde, Brandstiftung in einer MEDEF-Niederlassung) oder als die LehrerInnen die Abiturprüfungen zu annullieren drohten, nahm die Zustimmung in wenigen Tagen um 10% ab. Auf der taktischen Ebene wollte Raffarin die Bevölkerung Frankreichs spalten: Junge gegen Alte, Beamte gegen Beschäftigte der Privatwirtschaft, Erwerbstätige gegen Pensionierte. Dies ist ihm nicht gelungen. Schließlich, was die soziale Ebene betrifft, wollte Raffarin den GewerkschafterInnen und den Beschäftigten eine Lektion erteilen. Erstere wollte er in die Knie zwingen, letzteren wollte er zeigen, dass es nichts bringt zu kämpfen. Ein weiterer Mißerfolg.

Gleichzeitig muß man für die sozialen Bewegungen von einer halben Niederlage sprechen, denn sie haben trotz des Mißerfolgs, den die Annahme der Gesetzesvorlage darstellt, in diesem Konflikt viel erreicht. **Sie haben an Selbstbewußtsein gewonnen**: Wenn auch die Streikenden nicht überall in der Mehrheit waren, stellten die Demonstrationen einen Beweis der Stärke dar, der von der Vitalität der sozialen Bewegungen zeugt. Sie haben an Bewußtsein gewonnen: Die Strategien der GegnerInnen und ihre Verbindung zur liberalen Globalisierung werden nun besser verstanden.

Sie haben an Einheit gewonnen: Trotz des Abfalls der CFDT (eines der größten Gewerkschaftsverbände) sind die wichtigsten Gewerkschafts-Organisationen bis zum Schluß vereint geblieben, und an der Basis haben Angestellte verschiedener Sektoren, sowohl aus dem öffentlichen Sektor als auch aus der Privatwirtschaft, neue Beziehungen geknüpft. Im Allgemeinen haben die Gewerkschaften, die viele für tot erklärt hatten, diese Bewegung angeführt und geeinigt. Sie gehen gestärkt aus dieser Situation hervor.

Es ist nun nötig nachzudenken über das, was noch fehlt, um zu gewinnen. Zwei Faktoren gehören dazu: Die neoliberale Ideologie ist an mehreren Schlüsselstellen des Rentenproblems dominierend geblieben, und es haben sich nicht alle Kräfte an den Mobilisierungen beteiligt.

Der erste Schwachpunkt betrifft den Freihandel. Eine Mehrheit der BürgerInnen hat nicht geglaubt, dass das Anheben der Arbeitgeberbeträge die Renten finanzieren könnte. Das ist das Resultat von zwanzig Jahren neoliberaler Propaganda über die "Arbeitskosten", die in Frankreich zu hoch seien. Demzufolge wurde der Vorschlag, sie durch das Anheben der Arbeitgeberbeiträge noch mehr anwachsen zu lassen, von vielen ArbeitnehmerInnen als ein Risiko für die Unternehmen, und somit schließlich für sich selber, angesehen. Denn um dieser Erhöhung zu entgehen, würden die Unternehmen ihre Produktionsstätten natürlich ins Ausland verlagern. Und weil ja der Freihandel einer der Grundsätze der liberalen Globalisierung ist und sich ihr niemand entziehen kann, muß man die massive Subventionierung der Unternehmen akzeptieren. Was diese Fragen betrifft, sind weder die globalisierungskritische Bewegungen noch die Gewerkschaften wirklich vorbereitet. Man muß unablässig daran arbeiten, Alternativen zum Freihandel zu erarbeiten.

Der zweite Mythos ist derjenige, der besagt, dass es unmöglich sei, die Profite der Unternehmen zu reduzieren, um die Sozialversicherungen zu finanzieren, ohne Arbeitsplätze zu gefährden. Eine aufwendige neoliberale Propaganda hat es geschafft, in vielen Köpfen das folgende Schema festzusetzen: Wenn die "Arbeitskosten" meiner Firma ansteigen (durch Lohnerhöhungen, höhere Arbeitgeberbeiträge und Steuern oder mehr Arbeitsplätze), muß die Firma logischerweise die Preise ihrer Güter und Dienstleistungen erhöhen. Wenn sie das nicht täte, sähen die AktionärInnen ihre Profite dahin schmelzen und verließen das Unternehmen, dem sie somit Kapital entzögen. Falls die Firma Preiserhöhungen vornähme, gewönne die Konkurrenz Marktanteile und die Firma müßte Leute entlassen. Obwohl der Vorschlag, die Arbeitgeberbeiträge auf einer breiteren Basis zu berechnen, diese Argumente widerlegen kann, wurde er von der sozialen Bewegung nicht wirklich getragen. Anzumerken ist, dass bei einer Erweiterung der Berechnungsgrundlage für Arbeitgeberbeiträge neben der Lohnmasse die finanziellen Erträge und der reelle Gewinn der Unternehmenstätigkeit einfließen. Die Konsequenz einer solchen Reform wären Arbeitgeberbeiträge, die proportional zum real geschaffenen Reichtum wären. Kleinunternehmen, HandwerkerInnen, Kaufleute, FreiberuflerInnen und Bauern würden davon profitieren, ebenso personalintensive Betriebe.

Der dritte Mythos: Arbeitslosigkeit. Gewiß, fast alle geben zu, dass sie Leiden verursacht, aber niemand redet mehr davon, sie abzuschaffen. Dabei sind Renten und Arbeitsplätze durch den Anstieg der für die Sozialversicherungen verfügbaren finanziellen Ressourcen, den jede Senkung der Arbeitslosenrate mit sich bringt, eng miteinander verbunden. Eine "andere Welt" ist nicht möglich, solange Millionen BürgerInnen arbeitslos bleiben. Wir haben noch viel gedankliche Arbeit zu leisten, um uns eine Gesellschaft ohne Arbeitslosigkeit vorzustellen.

Ein weiterer Schwachpunkt während der Kämpfe im Frühling: **Viele Kräfte waren abwesend** Die Arbeitslosen, die bereits unter dem Verlust von Arbeitsplatz und Lohn und unter Rentenkürzung auf Grund von "Karrierelöchern" leiden, sind auch die Hauptopfer der Raffarin-Fillon-Rentengesetze. Bei Demonstrationen waren jedoch weder Transparente noch organisierte Gruppen von Arbeitslosen zu sehen, obwohl die Erwerbslosen mit 5 Millionen genauso zahlreich sind wie die Beamten.
Die Beschäftigten der Privatwirtschaft, insbesondere in den Kleinunternehmen, haben ebenfalls wenig gestreikt. Sie haben sich auch nicht in großer Zahl an den Demonstrationen beteiligt, auch wenn einige Kundgebungen speziell an Wochenenden organisiert wurden, um ihnen die Teilnahme zu erleichtern. Die Jugend, SchülerInnen und StudentInnen, waren gänzlich abwesend, auch wenn die Erhöhung der Beitragsdauer gerade sie besonders betrifft. Ihr Fehlen kontrastiert stark mit ihrem Engagement im Larzac, gegen Le Pen und gegen den Krieg im Irak. Und schließlich waren die KleinunternehmerInnen, Bauern, HandwerkerInnen, Geschäftsleute und freiberuflich Beschäftigte nicht nur abwesend, sondern gehörten zu denen, die das Regierungsprojekt unterstützten.

Im Wissen über die Vorstellungen, die in den Geistern und den sozialen Schichten herrschten, die sich an der Mobilisierung nicht beteiligt haben, verfügt die soziale Bewegung über die notwendigen Mittel, die Situation zu verbessern. Es liegt an uns allen, kollektiv und individuell so zu handeln, dass der nächste Kampf um die Krankenversicherung erfolgreich verläuft!

Aus dem Französischen übersetzt von Katharina STALDER, ehrenamtliche Übersetzerin coorditrad@attac.org

Strategie-Papier von ATTAC Frankreich

Welche neue Dynamik für ATTAC?

Zum Strategiepapier von ATTAC Frankreich

Am 29. April hat der geschäftsführenden Ausschuß von ATTAC Frankreich eine "Strategie-Gruppe" gebildet. Mitglieder dieser Gruppe sind Bernard Cassen (Ehrenpräsident von ATTAC Frankreich, Chefredakteur der Zeitung Le Monde Diplomatique), Francois Dufour (Confédération paysanne – Bauernverband), Susan George (Vize-Präsidentin von ATTAC), Pierre Khalfa (Gewerkschaftsbund Solidaritätsgruppe der 10), Gus Massiah (Vize-Präsident von ATTAC, Präsident von CRID – Forschungs- und Informationszentrum für Entwicklung), Jacques Nikonoff (Präsident von ATTAC Frankreich), Régine Tassi und Jacques Weber.

Zeitplan

Diese Gruppe wurde beauftragt, ein Positionspapier zu folgenden Punkten zu entwerfen: Analyse der internationalen Lage (Kriegsgefahr, Verschärfung der Repression) – die globalisierungskritische Bewegung – Orientierungen von ATTAC – Strategie von ATTAC – Aufbau von ATTAC. Das Papier liegt seit kurzen vor und wurde an der Versammlung von ATTAC Frankreich am 29. November 2003 ("Assises d'ATTAC") ein erstes Mal diskutiert. Für die Debatte wurde folgende Zeitplanung bestimmt: Diskussion des Entwurfs und Änderungsanträge in den Lokalkomitees von ATTAC Frankreich, auf der Versammlung von ATTAC Frankreich am 29. November und an der Generalversammlung der Lokalkomitees; Eröffnung eines Diskussionsforums. Der Diskussionsprozeß soll im Frühjahr 2004 abgeschlossen und die Endversion des Papiers im März 2004 durch den Verwaltungsrat von ATTAC Frankreich verabschiedet werden.

Die Redaktion von Sand im Getriebe

Fünf Jahre nach der Gründung von ATTAC ist der Verwaltungsrat von ATTAC der Meinung, dass eine breite Reflexion zur Förderung einer neuen Dynamik notwendig ist. Um besser gegen die neoliberale Globalisierung anzukämpfen, müssen deren Entwicklung analysiert, unsere mittel- und langfristigen Ziele geklärt und die Mittel verbessert werden, mit denen wir arbeiten.

Angesichts dieser Herausforderungen und ihrer Komplexität mag dieser Text kurz erscheinen. Dies ist kein Zufall, denn es gilt, die Bedingungen für eine Vertiefung der kollektiven Reflexion zu schaffen. Der Text wird allen Mitgliedern von ATTAC zugestellt. An der Versammlung von ATTAC vom 29. November in Nanterre ("Assises"), wird er ein erstes Mal diskutiert. Bei dieser Gelegenheit werden auch die Modalitäten der Debatte innerhalb der ganzen Organisation festgelegt. Der Verwaltungsrat hält es für realistisch, den Diskussionsprozeß im März 2004 abzuschließen.

Es geht für uns nicht darum, unser bisheriges Engagement oder unsere Analysen zu revidieren. Wie es in der Plattform von ATTAC heißt, verschärft "die Globalisierung der Finanzmärkte die wirtschaftliche Instabilität und die gesellschaftlichen Ungleichheiten"; heute geht es mehr denn je darum, "jene Räume zurückzuerobern, die die Demokratie verloren hat". Mit den Jahren hat sich der Rahmen der Debatte jedoch verändert. Einerseits weil die neoliberale Globalisierung ihre eigenen Widersprüche entwickelt hat; anderseits weil unsere Anstrengungen, unsere Mobilisierungen und deren Durchführung im Rahmen dessen, was heute die globalisierungskritische Bewegung genannt wird, die Grundlagen der Diskussion ebenfalls verändert haben.

24/11/2003 – Entwurf

I. Wie steht es um die neoliberale Globalisierung?

Die neoliberale Globalisierung ist der vorherrschende Prozeß, der die meisten Veränderungen der heutigen Welt prägt. Dies gilt für den ganzen Erdball und alle Tätigkeitsbereiche, seien sie materieller oder kultureller Natur. Der Prozeß der Globalisierung als politisches wie auch wirtschaftliches Phänomen hat Ende der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts begonnen, sich seither stetig beschleunigt und ist noch lange nicht abgeschlossen. Diese Sichtweise ermöglicht die Erkenntnis, dass die neoliberale Globalisierung die rasche Entstehung einer neuen Gesellschaft mit gänzlich neuartigen Eigenschaften in allen Bereichen bedeutet. Die Bürger wollen verstehen, warum nach einer Dynamik der sozialen Fortschritte (insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg und nach Mai 1968) und der Quasi-Vollbeschäftigung in den westlichen Ländern bis Mitte der 70er Jahre die Welt nun Massenarbeitslosigkeit und eine weltweite, kaum vorstellbare gesellschaftliche Verschlechterung erlebt. Sie wollen auch wissen, warum qualitativ hochstehende Systeme der sozialen Sicherheit zu Zeiten noch finanzierbar waren, in denen der produzierte Reichtum weit geringer war als heute, und warum dieselben System heute angeblich finanziell nicht mehr tragbar sind.

Analyse, Beschreibung und Aufdecken dieser Veränderungen und die Suche nach Zusammenhängen müssen für ATTAC permanente Anliegen sein. Denn die neoliberale Globalisierung ist nicht vom Himmel gefallen; sie ist keinesfalls eine logische Etappe in der natürlichen Entwicklung des Wirtschaftssystems: Die Globalisierung ist eine direkte Folge von zahlreichen Entscheiden, in erster Linie politischer Natur.

Auffallend an der vergangenen Periode ist die zunehmende Kluft zwischen den Versprechen einer "leuchtenden Zukunft", die seit zwei Jahrzehnten von Exponenten der neoliberalen Globalisierung gemacht werden, und den konkreten Ergebnissen dieser Globalisierung. Heute sucht die Öffentlichkeit in vielen Ländern bei der globalisierungs-kritischen Bewegung nach Alternativen. Das neoliberale Management der Welt steckt in einer Krise, was die Gesellschaften vor fünf große Herausforderungen stellt.

1. Eine internationale Weltordnung im Würgegriff des Imperiums

Der Frieden ist zur wichtigsten Frage in den Beziehungen zwischen Völkern und Staaten geworden. Frieden ist eine Grundbedingung für die Glaubwürdigkeit der anderen Welt, die unserer Meinung nach möglich ist. Seit dem 11. September ist das internationale politische Leben sehr stark vom "grenzenlosen Krieg" und von der Schwarzweißmalerei geprägt – hier das Gute, dort das Böse –, die für den verstärkten Unilateralismus von Washington charakteristisch sind. Auch die massive Verschlechterung der Situation im ganzen Nahen Osten prägt die internationalen Beziehungen. Dies führt zu einer generellen Militarisierung des politischen Denkens, was wiederum äußerst gefährliche Spannungen in verschiedenen Erdteilen und eine wechselhafte Umgestaltung von Bündnissen zwischen Staaten mit sich bringt. So wurde das System der internationalen Beziehungen, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg gebildet hatte, tiefgreifend destabilisiert.

In dieser Zeitspanne sind wir als Teil einer großen internationalen Bewegung gegen den Krieg und gegen den Unilateralismus des Imperiums erschienen. Unser Engagement gegen den Krieg ist nicht zu trennen von unserem Kampf für Entwicklung und für eine solidarische Finanzierung derselben, von unserem Kampf gegen Armut und für eine Neuverteilung des Reichtums auf allen Ebenen. Es ist augenfällig, dass eine nachhaltige Welt nur auf Frieden und in einem multilateralen institutionellen Rahmen aufgebaut werden kann. Dies bedingt, dass die Funktionsweise der UNO und ihrer Unterorganisationen tiefgreifend umgestaltet wird, dass ihre Rolle als Ausdruck der "internationalen Gemeinschaft" aufgewertet wird und dass die öffentliche Meinung die Grundlage für eine neue, demokratische Weltordnung bildet.

2. Destabilisierung der multilateralen Institutionen

Die multilateralen Institutionen – Weltbank, Internationaler Währungsfonds IWF, Welthandelsorganisation WTO – sind ungeachtet ihres Tätigkeitsbereichs alle mit einem tiefgreifenden Verlust an Legitimität konfrontiert, denn sie scheinen nicht mehr in der Lage, ihre statutarische Aufgabe wahrzunehmen, was man auch immer von diesen Aufgaben halten mag. IWF und Weltbank waren nicht fähig, aus den von ihnen selbst verursachten Finanzkrisen Lehren zu ziehen; sie verfolgen weiterhin ihre Politik der Liberalisierung und Privatisierung und ihre Sparpolitik, trotz aller katastrophalen sozialen Folgen. Funktionsweise und Ziele der WTO sowie die Entwürfe für künftige WTO-Abkommen werden von Bürgerbewegungen systematisch angeprangert. So geschehen in Seattle und kürzlich in Cancun.
Die Versprechen, die an den großen Gipfeltreffen der UNO gemacht wurden – etwa in den Bereichen Umwelt und Entwicklung (Rio 1992 und Johannesburg 2002), Armutsbekämpfung (Kopenhagen 1995 und Genf 2000), Finanzierung von Entwicklung (Monterrey 2001) – werden nicht umgesetzt und schwächen damit alle Anstrengungen für eine multilaterale Regulierung des Planeten. Die USA machen die Charta der Vereinten Nationen und das internationale Recht lächerlich und bekämpfen den Internationalen Gerichtshof, dessen Gründung bereits von etwa hundert Ländern ratifiziert worden ist.

In diesem Rahmen war das Bedürfnis nach einer anderen Weltpolitik, nach globalen Alternativen und nach demokratischen internationalen Institutionen noch nie so stark. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer kritischen Bilanz dessen, was heute besteht.

3. Vertrauensverlust und Krise des Systemglaubens

In den USA wurde das System durch den Zusammenbruch von Enron, WorldCom usw., durch Konkurs großer Unternehmen, durch gigantische Finanzskandale, die die Pensionsfonds und neuerdings die Funktionsweise der Devisenmärkte in Wall Street beeinträchtigen, im Kern erschüttert. Und dies gilt nicht nur für die USA, denn Europa und Japan blieben nicht verschont. Diese Skandale haben nicht nur eine Vertrauenskrise, sondern auch eine Krise des Glaubens an die Vorteile dieses Systems verursacht.

Wichtig ist hier nicht so sehr die Höhe der abgezweigten Gelder, sondern vielmehr die Komplizenschaft, die diese betrügerischen Machenschaften erleichtert hat: Verwaltungsräte, Revisionsunternehmen, Finanzpresse, Rating-Agenturen, sogenannte Kontrollbehörden, Banken... Ein Universum, das von gemeinsamen Interessen geleitet ist und eine Schicksalsgemeinschaft bildet. Es waren keine isolierten, kriminellen Handlungen, sondern eine kollektive Kriminalität, die minutiös organisiert war. Diese Skandale sind keine Einzelfälle, sondern Ausdruck einer allgemeinen, verhängnisvollen Entwicklung. Sie verschlimmern die Bilanz des wirtschaftlichen und sozialen Mißerfolgs der Privatisierung (oder Verscherbelung) des öffentlichen Dienstes und die allgemeine Indifferenz gegenüber dieser Entwicklung...

Wie konnten sich diese Missstände ausbreiten? Sicherlich gibt es viele Wirtschaftsbosse, die sich wie Raubtiere benehmen und skrupellos ihre persönliche Bereicherung betreiben. Aber die eigentliche Erklärung ist in den neuen Strukturen des Kapitalismus, die seit den 80er Jahren eingeführt wurden, sowie in der regelrechten Diktatur der Finanzmärkte zu suchen,

die sich seither ausgebreitet hat. All dies wirft ein grelles Licht auf die reale Funktionsweise der "New Economy", auf ihre angeblichen Erfolge vor dem Platzen der Spekulationsblase. Skandale, Betrug, Begünstigung und Nachsichtigkeit gegenüber der internationalen Finanzkriminalität scheinen heute ein Bestandteil des neoliberalen Systems zu sein. Der Mythos der Regulierung und vor allem der Selbstregulierung der Märkte ist zerstört.

4. Die intellektuelle Hegemonie bröckelt

Das neoliberale Denken ist heute Ziel radikaler Kritik, selbst in internationalen Kreisen, in denen es bisher uneingeschränkt galt. Zusammenbruch der Börsen, Skandale aller Art, Implosion Argentiniens, des ehemaligen Musterschülers des IWF, Erstarken des Widerstands in vielen Ländern sind die Gründe für diese Trendwende. Ökonomen, die früher orthodoxe Meinungen vertraten, kritisieren heute eine Politik, die sich auf den "Konsens von Washington" beruft und plädieren für Anpassungen unterschiedlichen Ausmaßes. Selbst die Frage einer grundlegenden Reform des Kapitalismus mit erneuter Intervention des Staates stellt sich offen. Manche, die gar zu den liberalsten zählten, gehen so weit, die Vorteile des freien Kapitalverkehrs oder des Freihandels in Frage zu stellen.

Die intellektuelle Arroganz der Vorkämpfer des Neoliberalismus wirkt heutzutage anstößig. Sicherlich bleibt das neoliberalen Denken trotzdem vorherrschend in der Geschäfts- und Unternehmenswelt, wie auch im Bereich der Medien und in den anderen Apparaten zur Reproduktion von Ideen. Es bleibt noch sehr viel zu tun, um die Geister von der Resignation gegenüber der herrschenden Ordnung zu befreien; diese resignierte Haltung ist das Resultat von einem Vierteljahrhundert ideologischer "Gehirnwäsche".

Diese neue Situation muß in den Debatten und Analysen berücksichtigt und benutzt werden. Es müssen alternative Konzepte erarbeitet werden. Es handelt sich dabei um eine entscheidende Herausforderung, denn letztlich wird die Welt von Ideen regiert.

5. Die Forderung nach Demokratie

Die Frage der Demokratie steht bereits auf der Tagesordnung und wird noch an Bedeutung gewinnen. In allen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens wollen Beschäftigte, Bürgerinnen und Bürger zunehmend Gegenwart und Zukunft selbst kontrollieren. Sie wollen ihr Schicksal in die Hände nehmen. Dieser Wunsch besteht im Süden wie im Norden und tritt in Konflikt mit einer Politik, die mit der neoliberalen Globalisierung entstanden ist oder in ihrem Namen umgesetzt wird. Angeblich kann die finanzielle Globalisierung nur prosperieren, wenn die Bürger auf ihre vollen Rechte verzichten und sich kritiklos dem herrschenden Konformismus anpassen. Dieses Problem betrifft alle großen Demokratien: Überall finden sich die gleichen Tendenzen, entweder gedämpft oder verschärft durch den jeweiligen historischen Kontext. Die unmittelbaren Symptome dieser Entwicklung sind bekannt: Schwächung von wichtigen Organen wie Parteien und Gewerkschaften, Krise der politischen Repräsentation, massive Nichtteilnahme an Wahlen, Aufsteigen der Rechtsextremen…

Die Auswirkungen des "endlosen Krieges" der amerikanischen Regierung haben im Übrigen autoritäre Tendenzen verschärft, sowohl im Bereich der internationalen Beziehungen wie auch im Rahmen der nationalen Gesetzgebungen – obwohl gerade heute die Frage nach einer anderen Entwicklung neue politische Rechte und neue soziale Garantien, die Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse und die Einrichtung neuer wirtschaftlicher Mechanismen im Dienste des allgemeinen Interesses erforderlich macht. Die Bekämpfung der neoliberalen Globalisierung bedingt eine Vertiefung der Demokratie, sowohl im Bereich Repräsentation wie im Bereich Partizipation, sowie eine Bereicherung der demokratischen Praktiken. All dies ist dringend notwendig angesichts der wachsenden Kräfte, die heute in Europa Ausgrenzung, Haß, Fremdenfeindlichkeit und repressive Gesetze fördern.

Diese Fragen sind sicherlich nicht neu, aber sie stellen sich unter neuen Vorzeichen, während die Verantwortung von ATTAC sehr stark zugenommen hat. Generell stehen wir vor drei Herausforderungen: Aktivitäten und Vorschläge immer besser miteinander kombinieren, sei dies auf internationaler, europäischer, nationaler oder lokaler Ebene; die soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Dimension unserer Vorschläge kombinieren; unsere eigene Identität schützen, d.h. Pluralismus, Unabhängigkeit, selbständige Entscheidungen und den Willen erhalten, eine Rolle als Keimzelle der Demokratie zu spielen. Es geht um unsere Fähigkeit, immer mehr zu einer aktionsorientierten Bildungsbewegung zu werden, in Zusammenarbeit mit den anderen sozialen Akteuren und als Teil einer globalisierungskritischen Bewegung, die globale Forderungen erhebt.

II. Neue Herausforderungen

1. Die Identität von ATTAC festigen und stärken

Angesichts der Herausforderungen der neuen Etappe der neoliberalen Globalisierung verfügen wir über Erfahrung, ein internationales Netzwerk und einen beachtlichen Leistungsausweis. Der Einflußbereich von ATTAC wächst, ATTAC ist heute gut im internationalen – und im französischen – Umfeld der Bürgerbewegungen integriert und es fällt uns zunehmend mehr Verantwortung zu. Nichtsdestotrotz wird ATTAC eine Vereinigung bleiben, d.h. eine freie Gruppierung von natürlichen und juristischen Personen, die sich mit einem gemeinsamen Ziel organisieren: Räume für Gegenmacht so konstruktiv wie möglich zu nutzen, kritische Analysen zu erarbeiten, Alternativen zu formulieren, für deren Durchsetzung zu mobilisieren, sich an deren Umsetzung zu beteiligen, auch indem wir uns, wenn nötig, mit den Behörden konfrontieren. ATTAC ist all dies, und nur dies.

Daher sind alle Spekulationen über eine andere Ausrichtung absolut gegenstandslos. Es gibt einen Raum – den wir respektieren – für politische Parteien, aber ATTAC bewegt sich nicht in diesem Raum: Unser Engagement ist im Bereich

von Bildungsarbeit sowie Aktion zu verorten, weil der Aufbau einer "anderen Welt" bedingt, dass man auf die Realität Einfluß nimmt. An unseren gemeinsamen Treffen, bei Diskussionen und Aktivitäten müssen unsere Identität und unsere Werte – Internationalismus, Demokratie, Unabhängigkeit – unverändert bestehen bleiben.

Unverändert bleibt auch unser Wille, unsere Tätigkeit mit den Aktivitäten anderer Akteure in Organisationen und Gewerkschaften zu kombinieren, auf internationaler sowie auf nationaler Ebene. Die Vernetzung ist eine Konstante bei unserer Arbeit; sie gründet in der Überzeugung, dass für den Kampf gegen die neoliberale Globalisierung und die Förderung einer alternativen Politik Begegnung und Austausch mit breiten Kreisen, Berücksichtigung und Bündelung einer großen Anzahl Anliegen, Ideen und Erfahrungen nötig sind.

Was sich hingegen verändert, ist unsere Verantwortung. Diese Entwicklung hängt mit dem markanten Anwachsen der globalisierungskritischen Bewegung und von ATTAC in Frankreich zusammen, dies im Kontext einer tiefen Krise der politischen Repräsentation. Diese Situation erfordert zweifelsohne neue Praktiken und – entsprechend den Herausforderungen – einen neuen Mut. Diese Praktiken müssen teilweise noch auf der Grundlage des Bestehenden neu erfunden werden.

2. Inhaltliche Vertiefung der Alternativen

Wir dürfen die Welt nicht als geschlossene Einheit denken oder nach fertigen Modelle suchen, sondern müssen die großen Fragen der laufenden Debatte vertiefen, dies sind beispielsweise der Stellenwert des Staats, die Rolle der öffentlichen Dienste, die Formen von gesellschaftlicher Aneignung, immer unter Berücksichtigung der lokalen, europäischen und weltweiten Ebene. Dies gilt für die Beschäftigung wie auch für Gemeingüter wie Bildung, Gesundheit, Kultur, Wasser oder Energie. Ebenfalls betroffen sind Ernährung, Sicherheit und Ernährungssouveränität sowie Formen von Konsum. Schließlich müssen wir in der Diskussion – insbesondere über internationale Beziehungen und Institutionen – immer offensiver Alternativen zur Schuldenwirtschaft, zum Freihandel, zur Finanzkriminalität vertreten. Alle diese Fragen müssen heute als dringende Anliegen vorgebracht werden, zu denen wir Antworten und Taten fordern.

Aus dieser Haltung heraus beteiligt sich ATTAC maßgeblich am Prozeß der Sozialforen: Weltsozialforum, Kontinentalforen (in unserem Fall: Europäisches Sozialforum), nationale oder lokale Sozialforen. Um ihrem Wesen treu zu bleiben, müssen diese Foren weiterhin als Räume für Dialog und Konfrontation von Ideen funktionieren, in denen Akteure und soziale Bewegungen in ihrer Vielfältigkeit – Umweltschützer, Feministinnen, Gewerkschaften, NRO oder Solidaritätsgruppen, Organisationen von MigrantInnen, Bildungsbewegungen – ihre Analyse vorbringen, ihre Visionen vorschlagen und, sofern sie es wollen, mit einander arbeiten und für gemeinsame Kampagnen mobilisieren können. Die Beteiligung an diesen Sozialforen geschieht natürlich nicht neutral: Sie stützt sich auf die Charta von Porto Alegre mit ihrem Prinzip der Ablehnung von Neoliberalismus und Imperialismus.

Die Sozialforen sind nicht nur Freiräume: Sie haben auch den Vorteil, dass sie Prozesse auslösen und beschleunigen können, insbesondere die Prozesse zur geographischen, kulturellen und sozialen Erweiterung der Kämpfe gegen den Neoliberalismus. Sie werden dies umso besser leisten können, wenn sie transparenter werden, demokratische Verfahren besser respektieren, vermehrt Pluralismus erlauben und Verantwortung wahrnehmen.

3. Erweiterung der sozialen Basis der Bewegung

Die Erweiterung der sozialen Basis von ATTAC bleibt ein Schwachpunkt. Die unteren Bevölkerungsschichten sind mehrheitlich weder bei den Foren noch in den anderen globalisierungskritischen Bewegungen und auch nicht in weiteren Organisationsstrukturen präsent, in denen Teile der Gesellschaft vertreten sind.

Diese Erweiterung muß über eine beharrliche, kontinuierliche Arbeit vorangetrieben werden, durch die alle Schichten für den Kampf gegen den Neoliberalismus gewonnen werden sollen, die Opfer des Neoliberalismus und/oder am Widerstand gegen soziale, wirtschaftliche oder kulturelle Einschränkung und Diskriminierung beteiligt sind. Dieser Kampf ist nicht dieser oder jener Kategorie vorbehalten; alle Betroffenen müssen ihre Schwierigkeiten, Wünsche und Erfahrungen in einen Rahmen einbringen, durch den Druck auf Entscheidungsträger ausgeübt werden kann, so dass deren Spielraum bezüglich Entscheidungen und Handeln immer mehr eingeschränkt wird.

Für ATTAC bedingt ein solches Ziel die Berücksichtigung der Realitäten all jener, die unter der neoliberalen Politik leiden: Erwerbslose, prekär Beschäftigte, Arbeiter, Angestellte, Techniker, Bauern, Migranten, Frauen sowie Jugendliche, die auf Grund von Geschlecht, Herkunft oder Alter diskriminiert werden. Dabei muß der Zusammenhang zwischen unmittelbaren Anliegen und – insbesondere politischen – Entscheidungen aufgezeigt werden, die mit der neoliberalen Globalisierung verbunden sind.

4. Die europäische Dimension verinnerlichen

Die Europäische Union (EU) ist ein regionales Gebilde mit machtvollen Institutionen, das eine Politik betreibt, die zahlreiche Maßnahmen auf nationaler Ebene vorgibt. Der Kampf von ATTAC wird entweder einfacher oder aber schwieriger, wenn das Abdriften der EU in den Neoliberalismus eingedämmt oder im Gegenteil verstärkt wird. Daher hat der Inhalt des zukünftigen Europäischen Abkommens (fälschlicherweise Verfassung genannt), das zur Zeit im Rahmen der EU-Regierungskonferenz erarbeitet wird, für ATTAC eine große Bedeutung.

In dieser Hinsicht ist das Dokument, das aus dem Konvent zur Zukunft Europas entstanden ist und der Regierungskonferenz als Grundlage dient, nicht zufriedenstellend. Es enthält wohl einige wenige Fortschritte, ist jedoch im Wesentlichen von

Verherrlichung des Neoliberalismus als verfassunggebende Doktrin der EU geprägt. Daher hat ATTAC nach einer ersten Analyse des Entwurfs 21 Forderungen formuliert, die erfüllt werden müßten, damit das Endergebnis akzeptabel ist. ATTAC wird auf Grund der bereinigten Version des Dokuments definitiv Stellung nehmen. Zuvor werden Verfahren eingeleitet, um die größtmögliche Zahl von Mitgliedern in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.

ATTAC steht bereits in einem permanenten Austausch mit den anderen ATTAC-Organisationen Europas und wird mit ihnen diskutieren, um zu versuchen, zu einer gemeinsamen Position über das künftige Abkommen zu gelangen.

5. Der entscheidende Kampf findet in den Köpfen statt

Der wichtigste Trumpf der neoliberalen Globalisierung ist die Ideologie. Die Hegemonie, über die diese Ideologie derzeit verfügt, wurde über mehrere Jahrzehnte und unter Aufwendung kolossaler menschlicher und finanzieller Ressourcen durchgesetzt. Die Befürworter der herrschenden Ordnung können auf Grund ihrer Kontrolle der Medien Kommunikation als Waffe einsetzen und eine Interpretation der Wirklichkeit vorgeben, die ihren eigenen Kategorien entspricht. Sie versuchen mit allen Mitteln, jegliche andere Interpretation zu neutralisieren oder im voraus zu diskreditieren und schrecken nicht davor zurück, Kampagnen zur Desinformation zu betreiben. In diesem entscheidenden Kampf zwischen zwei Sichtweisen der Welt – eine geschlossene Sicht, die nur die Anpassung an das neoliberale Modell im Auge hat; und eine offene Sicht, die vielfältige, mögliche Alternativen mitdenkt – spielen die Medien eine prägende Rolle, deren Tragweite wir erkennen müssen.

In den Köpfen ist ein Kampf entbrannt zwischen diesen beiden Konzeptionen. Die Frage ist, ob die globalisierungskritischen Kräfte ihre ersten Erfolge in naher Zukunft für die Befreiung der Menschen von den gedanklichen Zwängen des Neoliberalismus nutzen sowie die Berücksichtigung von Werten der Emanzipation der Menschen gegenüber allen Formen von Herrschaft und Unterdrückung durchsetzen können.

III. Den Aufbau von ATTAC weiterführen

In den letzten fünf Jahren war der Aufbau von ATTAC ein kontinuierlicher Prozeß, der von Kreativität geprägt war. Ausdruck dieser Entwicklung ist die Einrichtung verschiedener Strukturen: Die Nationale Konferenz der Lokalkomitees; die Charta über die Beziehungen zwischen den Lokalkomitees und der nationalen Organisation; ATTAC Campus; thematische Arbeitsgruppen, die von den Lokalkomitees getragen werden; nationale Kommissionen, die durch den Verwaltungsrat eingesetzt werden und mit dem Wissenschaftlichen Beirat verknüpft sind; die Rolle der Lokalkomitees bei der Gründung von lokalen Sozialforen usw. Angesichts dieser Entwicklung und der heutigen Mitgliederzahlen sind diese organisatorischen Fragen von großer Wichtigkeit für die Demokratie innerhalb von ATTAC und für unsere Fähigkeit zur kollektiven Reflexion und Mobilisierung. Die Organisationsfragen sind auch für unsere Fähigkeit entscheidend, ATTAC in nächster Zeit zu verstärken.

1. Unsere thematische Vielfalt kontrollieren

ATTAC interveniert öffentlich in einer Vielzahl von Bereichen, entweder aus eigenem Antrieb oder weil wir dazu aufgefordert werden. Dies bringt zahlreiche Probleme mit sich. Zunächst zum Wesen der Organisation: Was gehört zu ihrem Betätigungsfeld und was nicht? Und wie garantiert man eine gewisse Qualität der Interventionen in den verschiedenen Bereichen dieser vielfältigen Aktivitäten? Anders gesagt: Wie vermeidet man es, verkürzte und allzu oberflächliche Analysen zu verbreiten?

Und wie kann man diese Vielfältigkeit in den Dienst von nationalen Kampagnen stellen, die die Sichtbarkeit und Wirkung von ATTAC auf nationaler und internationaler Ebene gewährleisten?

2. An gesellschaftlicher Repräsentativität gewinnen

Wie oben erwähnt sind die unteren Bevölkerungsschichten wenig präsent in ATTAC und werden von unseren Initiativen kaum angesprochen, obwohl in vielen Lokalkomitees in diesem Bereich Fortschritte gemacht worden sind.

Unser Wille zur gesellschaftlichen Erweiterung bedingt, dass Fragen wie Arbeit, Beschäftigung und Strategien der transnationalen Konzerne eine hohe Aufmerksamkeit genießen, insbesondere was französische Großunternehmen angeht, für die wir eine spezifische Verantwortung tragen.

Denn diese Unternehmen sind wichtige Akteure der neoliberalen Globalisierung. Diese Dimension muß in unseren Aktivitäten Eingang finden, wie es im Fall von Danone, als Entlassungen zur Befriedigung der Erwartungen der Börsen erfolgten, und im Fall der Konflikte von Jugendlichen mit Mc Donalds geschehen ist. Wir müssen unsere Interventionen zu diesen Themen im Austausch mit den Gewerkschaften durchführen, unter Wahrung unserer eigenen Dimensionen: der Dimensionen der Analyse und der globalen Zusammenhänge. Mit den Gewerkschaften müssen wir aber auch eine konkrete Zusammenarbeit zu bestimmten Herausforderungen unterhalten: Auslagerung von Produktionsstätten, Sozialpläne usw. Dies gilt auch und insbesondere für Konzerne mit international besetzten Leitungsorganen. Hier steht für die ATTAC-Organisationen von Europa viel Arbeit an.

Jugendliche sind auch zuwenig präsent innerhalb von ATTAC, obwohl sie bei vielen Mobilisierungen ganz besonders aktiv sind. Es liegt an uns, Formen von Engagement in unserer Organisation zu bieten, die mit dem Unbehagen vieler Jugendlichen gegenüber formellen Strukturen vereinbar sind.

3. Unsere Aktionsfähigkeit, das heißt unsere Mitgliederzahlen erhöhen

Es geht nicht darum, dass die Mitgliederwerbung zu einer Pflicht innerhalb von ATTAC wird. Jedoch müssen aus den

beiden angesprochenen Herausforderungen Schlußfolgerungen gezogen werden. Das Ziel ist, dass wir uns offen und zugänglich zeigen für Tausende Menschen, die uns mehr oder weniger kennen und ATTAC spontan sympathisch finden, jedoch nicht erkennen können, warum ihre Mitgliedschaft für sie selbst und für uns eine gute Sache wäre. Daher müssen wir Anstrengungen unternehmen, um den Beitritt zu ATTAC möglichst zu vereinfachen, um den Empfang und die Integration neuer Mitglieder permanent zu verbessern.

Obwohl sich die Progression der Zahl der Neumitglieder seit 2001 verlangsamt hat, ist sie immer noch zunehmend: 1998 (5 411);1999 (15 049); 2000 (23 277); 2001 (27 635); 2002 (29 782); Mitte November 2003 (28 950). Wahrscheinlich werden wir Ende 2003 an die 30 000 Mitglieder zählen.

Warum treten Menschen ATTAC bei? Es wurde über die Teilnehmenden an der Sommeruniversität 2003 eine Studie durchgeführt, deren Resultate mit einigen Vorbehalten wohl auf die Gesamtheit der Mitglieder übertragen werden können. Auf die Frage nach den Gründen für den Beitritt zu ATTAC lauteten die Antorten: 1) Für meine persönliche Bildung, Sensibilisierung und Information; 2) Weil ich mit andern Organisationsformen wie beispielsweise Gewerkschaften und politischen Parteien unzufrieden bin; 3) Um anders Politik zu betreiben; 4) Um mich zu engagieren, Widerstand zu leisten, zu kämpfen. Diese Resultate erklären vermutlich, warum ATTAC konstant viele Neumitglieder verzeichnet, jedoch bei Jahresende eine nicht zu vernachlässigende Zahl Mitglieder, die ihren Mitgliederbeitrag für das neue Jahr nicht leisten, wieder verliert. Die Gründe, die bei vielen zur – aktiven oder passiven – Nichterneuerung der Mitgliedschaft führen, dürfen uns nicht kalt lassen: innerhalb von fünf Jahren haben wir 34 511 Mitglieder auf diese Weise verloren. Wenn alle, die irgendwann ATTAC beigetreten sind, bei unserer Organisation geblieben wären, hätten wir heute 61 867 Mitglieder. Wie kann man mit diesen 34 511 ehemaligen Mitgliedern wieder Kontakt aufnehmen? Sicherlich müssen Verantwortliche in den Lokalkomitees davon überzeugt werden, dass Beitritt und Erneuerung der Mitgliedschaft ein Diskussionsthema sind und nicht einfach der Entscheidung (oder in sehr vielen Fällen der Nichtentscheidung) der betroffenen Individuen überlassen werden dürfen. Diese Frage muß mit allem nötigen Respekt vor den Menschen und ohne jegliche Absicht zur Instrumentalisierung angegangen werden. Unternimmt man jedoch nichts, so läßt man die Menschen alleine mit dem Druck, dem sie von verschiedener Seite ausgesetzt sind. Die Diskussion um diese Fragen muß innerhalb von ATTAC effektiv geführt werden. Denn unsere Berufung ist die aktionsorientierte Bildungsarbeit, aber unsere Interesse und das unserer Mitbürger ist es, über ein leistungsfähiges Instrument zur Durchsetzung unserer Vorschläge zu verfügen.

4. Interne Demokratie weiter verbessern

Die Frage einer demokratischen Funktionsweise ist für unsere Organisation ein permanentes Anliegen. Es ist gut, dass wir immer kollektiv und auf allen Ebenen darauf bedacht sind.

Die Organisation ATTAC ist etwas besonderes. Diese Besonderheit erklärt sich vor allem aus den Bedingungen ihrer Entstehung im Umfeld von Zeitungen, Vereinigungen, Gewerkschaften und Bürgern, die gemeinsam mit dem Einheitsdenken des Neoliberalismus brechen wollten. Diese Besonderheit – ein wertvolles Gut, um das uns viele beneiden – verschaffte uns durch die vorhandene Vernetzung von Beginn an ein großes Potential an Fähigkeit zur Reflexion und zur Mobilisierung. Sie ermöglichte uns auch die Entwicklung einer Diskussionskultur und einer Zusammenarbeit von sehr verschiedenen Akteuren, die bisher nicht über einen institutionalisierten Ort der Begegnung verfügten. Die Besonderheit von ATTAC drückt sich auch in der Struktur des Verwaltungsrats aus, der 30 Mitglieder zählt: 18 Vertreter der Gründungsmitglieder und 12 Vertreter von Einzelmitgliedern. Sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrats werden natürlich an Generalversammlungen gewählt.

Dieser Organisationstypus unterscheidet sich sehr von den Organisationsformen in anderen Vereinigungen oder gar Parteien. Normalerweise gibt es keine Gründungsmitglieder, vor allem wenn es sich um juristische Personen handelt, und die Leitungsorgane – Verwaltungsrat und Geschäftsleitung – werden üblicherweise von natürlichen Personen besetzt, die direkt von den Mitgliedern an Generalversammlungen (oder vom Parteitag bei politischen Parteien) gewählt werden. Das System, nach dem ATTAC organisiert ist, verwirrt manchmal, denn von 30 Mitgliedern des Verwaltungsrats vertreten nur 12 die Einzelmitglieder.

Mehrmals wurde eine Statutenänderung vorgeschlagen, nach der der Verwaltungsrat ausschließlich aus Einzelmitgliedern bestehen sollte. Nebst der Tatsache, dass eine solche Statutenänderung auf Grund der erforderlichen Quoren eine massive (und nicht unbedingt gewährleistete) Mobilisierung der Einzelmitglieder bedingen würde, hat die Erfahrung gezeigt, dass eine solche Änderung nicht notwendig ist für die Weiterentwicklung von ATTAC. Die Gründung der Nationalen Konferenz der Lokalkomitees und der allen Mitgliedern und Lokalkomitees offenen Kommissionen des Verwaltungsrats sowie die Resolution Nr. 4, die an der Generalversammlung 2003 angenommen wurde, zeigen dies deutlich.

Eigentlich ist die Präsenz der Gründungsmitglieder in den Leitungsorganen von ATTAC Teil der internen Demokratie von ATTAC. Damit haben die Einzelmitglieder die Garantie, dass keine Gruppe – politischer oder anderer Natur – die Kontrolle über ATTAC ergreift. Zudem sichert die derzeitige Struktur der Leitung die Stabilität der Ziele und Funktionsweise der Organisation. Ein weiterer Vorteil ist, dass die Positionen von ATTAC in einer Vielzahl von Netzwerken anderer Organisationen und Gewerkschaften verbreitet werden können, die in der französischen Gesellschaft verankert sind. Bleibt festzuhalten, dass das Gewicht der Gründungsmitglieder gegenüber den Einzelmitgliedern in den Leitungsorganen nicht für alle Ewigkeit feststeht und Anpassungen denkbar sind. Hier muß ATTAC nach und nach die geeigneten Antworten finden.

5. Dynamisierung der Rolle der Lokalkomitees

ATTAC ist eine Organisation von Mitgliedern, die ihre eigenen Formen von Engagement finden, je nach persönlicher Situation und Verfügbarkeit usw. Keine Form steht über der anderen: Das individuelle Werben am Arbeitsplatz oder im Wohnumfeld für die Ziele von ATTAC und die Mitgliedschaft in unserer Organisation ist eine wertvolle Form; die Beteiligung an einem Lokalkomitee ist eine andere Form (die sich im Übrigen mit der ersten Form kombinieren läßt...).

Weil sie Teile der Mitglieder zusammenführen, die in einem bestimmten Gebiet wohnen, sind die Lokalkomitees grundlegende Elemente der Tätigkeit von ATTAC geworden. Daher muß ihre Rolle, die bereits in der Schaffung der Nationalen Konferenz der Lokalkomitees formelle Anerkennung erfahren hat, weiter verstärkt werden. Dies geschieht unter anderem über eine bessere Koordination der Lokalkomitees unter einander und der Lokalkomitees mit der nationalen Organisation. Heute gibt es in Frankreich 218 Lokalkomitees. 176 sind Vereine nach dem Vereinsgesetz von 1901. Mit den Jahren sind auf der Ebene der Departements zwei Arten von Organisationen entstanden. In 74 Departements gibt es ein einziges Komitee, dass in "Nachbarschaftsgruppen" (nach Stadt, Kanton...) unterteilt ist. In diesem Fall haben meistens lokale Vertreter der Gründungsmitglieder und Vertreter der Nachbarschaftsgruppen Einsitz im Verwaltungsrat des Lokalkomitees.

In den 20 anderen Departements gibt es mehrere Komitees. Diese Situation hängt oft mit langen Verbindungswegen, manchmal aber auch mit weniger objektiven Gründen zusammen. Dieses Nebeneinander erlaubt es jedem Komitee, für sich selbst zu arbeiten, hat jedoch auch Grenzen und Mängel: Oft fehlt es an Koordination auf Ebene des Departements; das Departement wird weniger gut "abgedeckt" und die Visibilität von ATTAC wird dadurch geschwächt. Ein weiteres Element, wenn auch nicht das wichtigste, sind die Schwierigkeiten, die sich dadurch für die zentralen Organe ergeben, deren Zugänglichkeit und Reaktionsfähigkeit teilweise durch die Zahl der Ansprechpartner beeinträchtigt sind.

Ohne Entwicklungen forcieren zu wollen ist es dennoch sinnvoll, als Effizienzfaktor die freiwillige Einrichtung einer Koordination auf Ebene der Departements überall dort vorzuschlagen, wo eine solche noch fehlt. Es geht nicht um die Einführung einer bestimmten Hierarchie, jedoch würden sich so die Lokalkomitees eines Departements mindestens regelmäßig treffen.

Die Nationale Konferenz der Lokalkomitees trifft sich drei Mal im Jahr. Die Sessionen dieser Konferenz werden von einem Lokalkomitee in Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung organisiert. Jedes Komitee entsendet einen Vertreter (und eine Begleitperson) an die Konferenz. Inhalt der Konferenz sind Erfahrungsaustausch und strategische Reflexion mit den nationalen Leitungsorganen, Debatten in Plenarsitzungen oder in Workshops und generell eine bessere – unter Umständen kritische – Aneignung der nationalen Kampagnen durch jedes Lokalkomitee. Die Nationale Konferenz der Lokalkomitees wird jedoch noch zu wenig genutzt, denn fast die Hälfte der Lokalkomitees nehmen daran nicht teil. Zudem sind die anwesenden Delegierten nicht immer von ihrem Komitee mandatiert, um über die traktandierten Geschäfte zu befinden. Wenn die Nationale Konferenz der Lokalkomitees effizient arbeiten und repräsentativ sein will, darf sie jedoch nicht einfach ein Treffen von Mitgliedern sein, sondern muß mandatierte Vertreter zusammenführen. Daher müssen die Sessionen der Konferenz von den Lokalkomitees im voraus besser vorbereitet werden.

Und jetzt?

In den letzten fünf Jahren hat ATTAC eine riesige Arbeit geleistet. In etwa fünfzig Länder sind heute ATTAC-Organisationen präsent. ATTAC verfügt über Errungenschaften und Stärken, um den Kampf gegen die neoliberale Globalisierung und die Formulierung und Umsetzung von Alternativen noch viel weiter voranzutreiben. Viele Bürgerinnen und Bürger schenken uns ihr Vertrauen, selbst wenn sie unserer Organisation noch nicht beigetreten sind. Dies schafft für uns Verpflichtungen und Verantwortung, die weit über unseren Kräften gehen. Die in diesem Papier formulierten Fragen sind ein Aufruf zur individuellen und kollektiven Reflexion der Mitglieder von ATTAC. Damit soll eine Diskussion eröffnet werden, ohne dass Schlußfolgerungen vorweggenommen werden. Insbesondere bleibt die zentrale Frage – die uns immer öfter gestellt wird – nach der Umsetzung unserer Vorschläge, also die Frage nach unserem Verhältnis zur Sphäre der institutionellen Politik, offen.

Diese Sphäre ist sicherlich nicht unsere Sphäre, aber wir können deren entscheidende Rolle bei der Umsetzung unserer Ziele nicht ignorieren. Dies ist ein wichtiger Punkt, der in künftigen Diskussionen geklärt werden muß.

Original verfügbar unter: http://www.france.attac.org/a2250

Aus dem Französischen übersetzt von Karin VOGT

John Bellamy Foster

Alter und neuer Imperialismus

Globale Hegemonie durch militärische Gewalt oder durch die Freiheit der Märkte?

„Heute sticht der amerikanische Imperialismus außergewöhnlich stark ins Auge, weil er direkt mit einem Krieg verbunden ist und sich auf eine endlose Reihe weiterer Kriege zu bewegt, die grundsätzlich denselben Zielen dienen werden. Doch wenn wir die tiefer liegenden Kräfte verstehen wollen, die am Werk sind, dürfen wir uns durch diesen verschärften Militarismus und seine Aggressionen nicht von der inneren Logik des Imperialismus ablenken lassen.“

Am 11. November 2000 präsentierte **Richard Haass** in Atlanta ein Papier mit dem Titel "Imperiales Amerika". Haass war Mitglied des nationalen Sicherheitsrats und Spezialassistent des Präsidenten in der Amtszeit von Vater Bush. Der neue Präsident George W. Bush hat ihn zum Direktor der politischen Planung im Staatsdepartement ernannt. Am erwähnten Tag ließ Haass verlauten, dass die Amerikaner *"ihre Rolle neu bestimmen und vom traditionellen Nationalstaat zur imperialen Macht übergehen"* müßten, damit es den USA gelingen könne, ihr Ziel einer globalen Vorherrschaft zu realisieren. Haass vermied das Wort "imperialistisch" zur Beschreibung der Rolle Amerikas und zog ihm "imperial" vor, weil der Begriff des "Imperialismus" mit *"Ausbeutung, in der Regel zu Handelszwecken"* verbunden werde, sowie mit der "Kontrolle von Territorien". Trotzdem kann es keinen Zweifel über Haass' Absichten geben: *"Sich für eine imperiale Außenpolitik einzusetzen heißt, voller Überzeugung nach einer Außenpolitik zu rufen, die darauf abzielt, die Welt gemäß bestimmten Prinzipien betreffend die zwischenstaatlichen Beziehungen zu organisieren."* Die Rolle der USA würde jener Großbritanniens im 19. Jahrhundert gleichen. Zwang und der Einsatz von Gewalt kämen in der Regel nur als ultima ratio zum Tragen. Man könnte also auf die Rolle Amerikas in diesem neuen Jahrhundert anwenden, was John Gallagher und Ronald Robinson über die Rolle Großbritanniens vor 150 Jahren geschrieben haben: *„Die britische Politik folgte dem Prinzip, ihre Kontrolle wenn möglich informell auszuweiten, und wenn nötig formell."*

Die Existenz eines amerikanischen Imperiums ist kein Geheimnis. In den meisten Regionen der Welt wird sie in breiten Kreisen oder sogar allgemein anerkannt, auch wenn die Behörden der USA traditionellerweise davon nichts zu wissen behaupten. Doch Haass setzte sich gerade dafür ein, dass Washington seine imperiale Rolle vor der US-Bevölkerung und der ganzen Welt viel offener anerkennen soll, um die imperialen Ambitionen noch weiter zu entwickeln. *"Die grundlegende Frage, mit der sich die amerikanische Außenpolitik weiterhin auseinandersetzen muß,"* erklärte er im Folgenden, *"lautet: Was tun mit einem Überschuß an Macht und mit den zahlreichen und beträchtlichen Vorteilen, die dieser Überschuß den USA garantiert?"* Dieser Machtüberschuß könne nur ausgenutzt werden, wenn offen gesagt werde, dass die USA so wie Großbritannien im 19. Jahrhundert imperiale Interessen haben. Deshalb sollte die Welt darüber informiert werden, dass Washington bereit sei, *"seine Kontrolle auszuweiten"*, informell wenn möglich, formell wenn nötig, um das sicherzustellen, was es als seine legitimen Interessen in der Welt betrachtet. Der letzte Abschnitt des Papiers von Haass war folgendermaßen überschrieben: *"Der Imperialismus beginnt zu Hause."* Die Schlußfolgerung: *"Die größte Gefahr, der die USA zur Zeit entgegen treten müssen... ist, dass sie die Chance nicht wahrnehmen, eine ihre grundsätzlichen Interessen begünstigende Welt entstehen zu lassen, indem sie zu wenig dafür tun. Zwischen einem zu wenig entwickelten (under stretched) und einem überdehnten (over stretched) Imperium erscheint das erstgenannte als größere Gefahr."*

Alles deutet darauf hin, dass die von Haass entwickelten Argumente zum imperialen Amerika im Allgemeinen der heute in der herrschenden amerikanischen Klasse dominanten Weltsicht entsprechen und auch vom US-Staat geteilt werden, der den Interessen dieser Klasse dient. Nachdem sie lange Zeit die Existenz eines US-Imperiums verneinte, vergöttert die vorherrschende Meinung in den USA heute das "amerikanische Reich" mit seiner "imperialen Armee" und seinen "imperialen Protektoraten". Diese Veränderung in der öffentlichen Positionierung setzte am Ende der 90er Jahre ein, als nicht nur offensichtlich wurde, dass die USA nach dem Untergang der Sowjetunion die einzige Supermacht sind, sondern auch, dass Europa und Japan auf Grund des stärkeren Rückgangs des Wirtschaftswachstums immer weniger in der Lage sind, die USA wirtschaftlich herauszufordern. Außerdem schien Europa vor dem Hintergrund des Debakels der Bürgerkriege in Ex-Jugoslawien selbst in seiner eigenen Einflußzone unfähig zu sein, ohne die USA militärisch zu intervenieren.

Imperium „light“?

Seit Washington nach dem 11. September 2001 seinen globalen Krieg gegen den Terrorismus lanciert hat, sind die imperialen Züge der amerikanischen Außenpolitik immer deutlicher hervorgetreten. Das amerikanische Imperium wird inzwischen durch die Experten und die führenden Medien als eine "Bürde" dargestellt, die auf Grund ihrer weltweiten Rolle von historisch neuem Ausmaß auf den Schultern der USA lastet. Man spricht von den USA als dem Kopf eines Reichs von neuer Art, das nichts mehr mit nationalen Interessen, wirtschaftlicher Ausbeutung, Rassismus und Kolonialismus zu tun habe, und das nur zum Zweck der Verbreitung von Freiheit und Menschenrechten existiere. Das behauptet zum Beispiel **Michael Ignatieff**, seines Zeichens Professor für Politik der Menschenrechte an der Kennedy School of Government der Harvard-Universität, in einem Artikel im New York Times Magazine vom 5. Januar 2003: *"Das amerikanische Reich ist nicht wie die Imperien der Vergangenheit, die auf den Kolonien, den Eroberungen und der Bürde des weißen Mannes*

gründeten... Das Reich des 21. Jahrhunderts stellt eine neue Erfindung in den Jahrbüchern der Politikwissenschaft dar. Es ist ein Imperium "light", eine globale Hegemonie, die sich mit freien Märkten, Menschenrechten und Demokratie schmückt, deren Bestand durch die eindrücklichste Militärmacht durchgesetzt wird, die die Welt jemals gesehen hat."

Wenn wir solche großartigen Diskurse bei Seite lassen, erkennen wir, aus welchem Grund dieses "Reich des 21. Jahrhunderts" heute für die Menschheit eine Gefahr ersten Ranges darstellt: Washington ist zunehmend geneigt, seine Militärmacht ohne Ihresgleichen einzusetzen, um andere Länder anzugreifen und zu besetzen, wenn es dies als absolut notwendig zur Umsetzung seiner Ziele erachtet. Doch schon vor mehr als zehn Jahren hielt ein indischer Ökonom, **Prabhat Patnaik**, fest, dass *"kein Marxist jemals die Existenz des Imperialismus davon abhängig gemacht hat, ob es Kriege gibt; im Gegensatz dazu wurde die Existenz von Kriegen durch den Begriff des Imperialismus erklärt.*" Nun da die Realität des Imperialismus auf Grund solcher Kriege wieder offen sichtbar ist, erscheint es notwendig, auf das Verständnis seiner tiefer liegenden Ursachen zurückzukommen.

Freihandelsimperialismus

Eine der einflußreichsten Darstellungen des britischen Imperialismus im 19. Jahrhundert haben vor einem halben Jahrhundert die Wirtschaftshistoriker **John Gallagher** und **Ronald Robinson** in ihrem Artikel *"Der Imperialismus des Freihandels*" entwickelt.[1] Haass hat sich zum Teil auf diese Analyse gestützt, um zu Gunsten des "imperialen Amerika" zu argumentieren. Die Hauptaussage des Artikels von Gallagher und Robinson ist äußerst einfach: **Der Imperialismus ist eine permanente Realität der wirtschaftlichen Expansion in der Moderne.** Jene, die den Imperialismus in erster Linie mit Kolonien und Kolonialismus in Verbindung bringen und deshalb den Kampf um Afrika und die koloniale Expansion vom Ende des 19. Jahrhunderts als Grundlage eines allgemeinen Modells des Imperialismus verwenden, täuschen sich. Der britische Imperialismus ist während dem gesamten 19. Jahrhundert von seiner inneren Logik her grundsätzlich unverändert geblieben, auch wenn zuerst die Ausweitung des Freihandels im Vordergrund stand, und in einer zweiten Phase die Annexion von Kolonien.

Gallagher und Robinson wiesen (in demselben Abschnitt, den Haass zitierte) darauf hin, dass *"die britische Politik dem Prinzip folgte, ihre Kontrolle wenn möglich informell auszuweiten, und wenn nötig formell. Die eine Methode als "anti-imperialistisch" und die andere als "imperialistisch" zu bezeichnen bedeutet, die Tatsache zu ignorieren, dass die britischen Interessen unabhängig von der Methode dauerhaft gesichert und gestärkt wurden. Die übliche Zusammenfassung der Freihandelspolitik im Kürzel ‚Handel, nicht Autorität' müßte eigentlich folgendermaßen heißen: 'Handel mit informeller Kontrolle wenn möglich; Handel mit Autorität wenn nötig'... Trotz den Versuchen, einen "billigen Imperialismus" zu entwickeln, erzwangen die ausländischen Herausforderungen der britischen Vorherrschaft im tropischen Afrika (am Ende des 19. Jahrhunderts) und das Fehlen solider und breit abgestützter einheimischer politischer Organisationen – die in anderen Regionen der Welt so nützlich für die informelle Expansion waren - schließlich den Übergang zur formellen Autorität*."

Auf der Grundlage dieser Argumentationslinie ist für das Verständnis des britischen Imperialismus im 19. Jahrhundert die Aufmerksamkeit nicht in erster Linie auf den Kolonialismus, sondern auf den *"Imperialismus des Freihandels*" zu richten. Nur wenn die wirtschaftlichen Ziele Großbritanniens nicht durch eine informelle Kontrolle sichergestellt werden konnten, wurde zur Umsetzung dieser Ziele der formelle Imperialismus oder die Kolonisierung angewandt – das heißt die direkte und dauerhafte politische und militärische Kontrolle. Oft wurde gesagt, dass "der Handel der Fahne folgt"; es wäre viel präziser zu sagen, dass es "*eine allgemeine Tendenz des britischen Handels (gab), der unsichtbaren Fahne des informellen Imperiums zu folgen*". Gallagher und Robinson zufolge liegt "*die besondere Eigenschaft des britischen Imperialismus des Freihandels im 19. Jahrhundert*" darin, dass der Einsatz seiner Militärmacht und seiner allgemeinen Hegemonie hauptsächlich auf die Errichtung sicherer Grundlagen der wirtschaftlichen Vorherrschaft und ihrer Ausweitung beschränkt wurde.

Das eindeutigste Beispiel für einen solchen informellen Imperialismus war die Rolle Großbritanniens in Lateinamerika im 19. Jahrhundert. Großbritannien sicherte seine Kontrolle über die Region durch verschiedene Handelsverträge und Finanzbeziehungen ab, die sich wiederum auf die Schlagkraft der britischen Marine stützten. Wie sagte doch der britische Außenminister George Canning 1824: "*Das spanische Amerika ist frei, und wenn wir unsere Geschäfte nicht in Mißachtung der Regeln des gesunden Menschenverstandes verwalten, ist es englisch.*" Gallagher und Robinson zufolge wurde der britische Einfluß so ausgeübt, dass solche Regionen in "komplementäre Wirtschaftssatelliten" verwandelt wurden, "*die Großbritannien mit Lebensmitteln und Rohstoffen versorgten und den britischen Industrien wachsende Märkte darboten*". Und wenn es kein anderes Mittel gab, um seine Herrschaft zu sichern, war Großbritannien immer zur aktiven und direkten Intervention bereit – wie so oft geschehen in Lateinamerika im 19. Jahrhundert.

Der bekannte deutsche Historiker **Wolfgang J. Mommsen** hielt in seinem Buch „Imperialismustheorien"[2] fest, dass mit diesem Konzept des informellen Imperialismus eine Brücke zwischen den nicht-marxistischen und den marxistischen Ansätzen geschlagen wurde, weil es die historische Kontinuität des Imperialismus als Ausdruck der wirtschaftlichen Expansion (nicht zu verwechseln mit seinen formelleren politisch-militärischen Ausdrucksweisen) betont: Durch die Anerkennung zahlreicher informeller Typen der imperialistischen Herrschaft, welche der Errichtung einer formellen Autorität vorangehen, diese begleiten oder sie sogar überflüssig machen, habe sich das westliche (nicht-marxistische) Denken zur Frage des Imperialismus der marxistischen Theorie angenähert. Im allgemeinen sei

[1] J. Gallagher, R.E. Robinson: "The Imperialism of Free Trade", *Economic History Review*, 2. Reihe, VI, 1953.

[2] Wolfgang J. Mommsen: *Imperialismustheorien: ein Überblick über die neueren Imperialismustheorien*, Göttingen, 1977.

inzwischen die Mehrheit der nicht-marxistischen Theoretiker bereit zu anerkennen, dass eine Abhängigkeit imperialistischer Art sehr wohl das Ergebnis ganz unterschiedlicher informeller, insbesondere ökonomischer Einflüsse sein könne. Die imperialistischen Kräfte seien in keiner Weise dazu verdammt, in der kolonialen Peripherie andauernd politische Macht direkt einzusetzen. In der Regel reiche es aus zu wissen, dass die imperialistischen Unternehmen im Falle einer Krise auf die Unterstützung durch die Macht der Metropole zählen könnten. Die formelle politische Autorität sei deshalb nur die außergewöhnlichste, keineswegs die normalste Form der imperialistischen Abhängigkeit.

Hobson und Lenin

Ironischerweise betonten Gallagher und Robinson den Unterschied zwischen ihrem Ansatz und dem der Klassiker **John A. Hobson** („Imperialism: a study" ,1902) und **Lenin** („Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" ,1916). In der Tat bringen sie die Thesen von Hobson und Lenin mit einem enger gefaßten Begriff in Verbindung, der eine formelle Kontrolle oder eine koloniale Herrschaft voraussetzt. Insbesondere werfen sie Lenin vor, er habe den Imperialismus mit formeller eher als mit informeller Kontrolle gleichgesetzt, indem er das durch den Höhepunkt der Annexion von Kolonien geprägte letzte Viertel des 19. Jahrhunderts als ein qualitativ neues Stadium des Kapitalismus – das monopolitische oder imperialistische Stadium - bezeichnet habe.

Doch diese Kritik trifft nicht zu. In Wirklichkeit hat Lenin selbst die Tatsache hervorgehoben, dass der Imperialismus nicht unbedingt eine formelle Kontrolle einschließe, wovon insbesondere das Beispiel des britischen Imperialismus in Lateinamerika im 19. Jahrhundert zeuge. Im imperialistischen Stadium gebe es nicht nur zwei Kategorien von Ländern: die Besitzer von Kolonien und die Kolonien, hielt Lenin fest. Er betonte die vielfältigen Formen abhängiger Länder, die dem Namen nach politisch unabhängig, in Wirklichkeit aber in einem Netz von finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit gefangen seien. Diese Länder nannte er Halbkolonien. Lenin erwähnte das Beispiel **Argentiniens**, das in einem solchen Ausmaß finanziell von London abhängig sei, dass es sich eigentlich um eine Kolonie handle.[3]

Die Existenz eines **informellen Imperialismus des Freihandels** (oder Imperialismus ohne Kolonien) war für die marxistische Theorie nie ein Rätsel, da sie den Imperialismus als einen historischen Prozeß betrachtet, der mit der kapitalistischen Expansion verbunden ist – und sich erst in zweiter Linie durch die besonderen politischen Formen auszeichnet, in denen er seinen Ausdruck findet. Der Grund für die Beschreibung des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts als imperialistisches Stadium im Werk von Lenin sowie bei den meisten späteren marxistischen Theoretikern hat **nicht** in erster Linie etwas mit dem Übergang von einem informellen zu einem formellen Imperialismus zu tun, auch nicht mit der Realität der Annexionen, die in der Peripherie zu jener Zeit in großem Ausmaß realisiert wurden. Im Zentrum steht viel mehr die Entwicklung des Kapitalismus selbst, der ein monopolistisches Stadium erreichte und dadurch einen qualitativ neuen Typ von Imperialismus hervorbrachte. Diese besondere historische Analyse des Imperialismus als Ausdruck der kapitalistischen Entwicklung in ihrer ganzen Komplexität (Ökonomie/Politik/Militär – Zentrum und Peripherie) verlieh der marxistischen Theorie des Imperialismus ihre Bedeutung als schlüssiger Ansatz zum Verständnis der grundlegendsten Globalisierungstendenzen des Systems.

Diese Interpretation enthält die Idee, dass **der Imperialismus seit den Anfängen zum Kapitalismus gehört**. Zahlreiche gegenwärtige Ausdrucksformen des Kapitalismus, wie die **Entwicklung des Weltmarkts, die Teilung in Zentrum und Peripherie, der Kampf um Kolonien und Halbkolonien, die Aneignung des Mehrwerts, die Kontrolle über die Rohstoffe, um sie in die Metropole fließen zu lassen, usw. zeichnen den Kapitalismus als globales System seit dem Ende des 15. Jahrhunderts aus**. Der Imperialismus, verstanden im weitesten Sinn des Wortes, wurzelt in der Akkumulationsdynamik des Systems (die genau so grundlegend ist wie die Jagd nach Profiten selbst), welche die im Zentrum der kapitalistischen Weltwirtschaft gelegenen Länder – und insbesondere die vermögenden Interessen in diesen Ländern - dazu antreibt, sich durch die Aneignung des Mehrwerts und der lebensnotwendigen Ressourcen der Peripherie zu bereichern – was Pierre Jalée als Plünderung der Dritten Welt bezeichnete.[4] Mit Hilfe von verschiedenen Zwangsinstrumenten wurden die ärmeren Satellitenwirtschaften – seit der Zeit der Eroberungen am Ende des 15. und im 16. Jahrhundert – so strukturiert, dass ihre Produktions- und Verteilungssysteme **nicht in erster Linie auf ihre eigenen Bedürfnisse, sondern auf jene der herrschenden Metropole ausgerichtet** waren. Die Anerkennung der Existenz solcher gemeinsamer Züge des Imperialismus in den verschiedenen Phasen der kapitalistischen Entwicklung läßt sich aber ohne Weiteres mit der Beobachtung vereinbaren, dass eine qualitative Veränderung im Wesen und in der Bedeutung des Imperialismus stattgefunden hat. Diese Veränderung setzte im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts ein, und sie war von derart großer Bedeutung, dass Lenin sie mit der Vorstellung von einem neuen Stadium des Kapitalismus in Verbindung brachte.

Die Marxisten haben also oft den älteren Imperialismus vom so genannten "neuen Imperialismus" unterschieden, dessen Anfänge in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts liegen. Zwei grundlegende Tatsachen zeichneten diesen neuen Imperialismus aus: (1) das Ende der britischen Hegemonie und ein unerbittlicher **Kampf zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern** um die Kontrolle der Territorien auf weltweiter Ebene; (2) die zunehmende Bedeutung der – sehr großen, Industrie- und Finanzunternehmen miteinander verbindenden - monopolistischen Konzerne als vorherrschende wirtschaftliche Akteure in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten. Diese neuen **Mammut-Unternehmen** zielen ihrem Wesen nach darauf ab, sich über die nationalen Grenzen hinweg zu entwickeln und die Produktion und den Konsum im globalen Maßstab zu beherrschen. Wie Harry Magdoff festhielt, ist "*das Bedürfnis zu herrschen ein integraler Bestandteil des Geschäfts*". Die monopolistischen

[3] W. I. Lenin: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, 1946, S. 72.

[4] Pierre Jalée: *Le pillage du Tiers Monde*, F. Maspero, Cahiers libres, 1965 (neue Auflage mit Nachwort 1982).

Unternehmen sind in diesem imperialistischen Kampf sehr oft durch ihre eigenen Nationalstaaten unterstützt worden. Die marxistische Theorie des neuen Imperialismus lenkte also durch das Hervorheben des Aufstiegs der riesigen Konglomerate die Aufmerksamkeit auf die neuen globalen wirtschaftlichen Bedingungen, die mit jener Realität entstanden, die später mit dem Begriff der multinationalen oder globalen Unternehmen bezeichnet werden sollte. Dies wiederum bildete das Umfeld, in dem sich ältere Phänomene – wie die Aneignung des Mehrwerts, das Streben nach Kontrolle über Rohstoffe und Reichtümer, die Schaffung von Beziehungen wirtschaftlicher Abhängigkeit in der Peripherie und der ununterbrochene Wettlauf der rivalisierenden kapitalistischen Mächte - in neuer und veränderter Form äußern würden.

Politik oder Struktur?

Es ist dieses Verständnis des Imperialismus als historische Realität der kapitalistischen Entwicklung, deren Eigenschaften sich als Ausdruck der Entwicklung des Systems selbst verändern, das den marxistischen Ansatz am deutlichsten von den vorherrschenden Interpretationen unterscheidet. Letztere betrachten den Imperialismus meistens einfach nur als eine Politik und beziehen den Begriff vor allem auf die politische und militärische Aktion von Staaten. Den am meisten verbreiteten vorherrschenden Ansichten zufolge (von denen sich realistische Wirtschaftshistoriker wie Gallagher und Robinson unterscheiden) existiert der Imperialismus nur bei offener politischer und territorialer Kontrolle, der eine richtige militärische Eroberung voraus ging. Aus marxistischer Sicht hingegen äußert sich der Imperialismus nicht nur durch die Politik der Staaten, sondern auch in der Aktion der Unternehmen und in den **Mechanismen des Handels, der Finanz und der Investitionen**. **Er umfaßt eine Gesamtheit von Klassenverhältnissen, einschließlich des Unterhalts von lokalen Kollaborateuren oder compradores[5] in den abhängigen Gesellschaften.** Jede Erklärung der Funktionsweise des modernen Imperialismus setzt also eine Beschreibung des monopolistischen kapitalistischen Systems in seiner Gesamtheit voraus. In dieser Hinsicht ist die **informelle Kontrolle** von Ländern in der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems durch im Zentrum dieses Systems gelegene Länder genau so wichtig wie die **formelle Kontrolle**. Die Kämpfe um die Hegemonie und die Rivalitäten zwischen den vorherrschenden kapitalistischen Staaten im allgemeinen finden ohne Unterbruch statt, doch nehmen sie je nach den verfügbaren wirtschaftlichen, politischen und militärischen Ressourcen unterschiedliche Formen an.

[5] *Comprador*: Käufer auf spanisch. In der marxistischen Literatur wird der Ausdruck der "Comprador-Bourgeoisie" zur Beschreibung der herrschenden Klassen der kolonialen oder halbkolonialen Länder verwendet, deren Interessen eng mit jenen der herrschenden Klassen der imperialistischen Länder verknüpft sind und die sich von der kapitalistischen Produktion in der Landwirtschaft und – mehr noch – in der Industrie zu Gunsten des Kaufs von Ländereien und Immobilien, des Handels und des Wuchers (Finanzgeschäfte) abwenden. Dadurch tragen sie zur Fortdauer der Unterentwicklung ihres Landes bei und weisen grundlegend parasitäre Züge auf.

Machtüberschuß der USA

Besteht aus marxistischer Sicht der wichtigste Wesenszug des modernen Imperialismus aus der zunehmenden Vorherrschaft der Riesenkonzerne, so hat sich doch im Verlauf der Zeit die Machtanordnung innerhalb des Systems, die in der jeweiligen Position der verschiedenen Nationalstaaten ihren Ausdruck findet, in beträchtlichem Ausmaß verändert. Das Ende des 19. und der Beginn des 20. Jahrhunderts waren auf weltweiter Ebene durch den Niedergang der britischen Hegemonie und die daraus hervorgehende verschärfte Rivalität zwischen den führenden kapitalistischen Staaten geprägt, die zum Ersten und Zweiten Weltkrieg führte. Die Entstehung der Sowjetunion während des Ersten Weltkrieges stellte eine Herausforderung des Systems von außen dar, die schließlich zum Kalten Krieg zwischen den USA, die nach dem Zweiten Weltkrieg zur neuen hegemonialen Macht in der kapitalistischen Weltwirtschaft aufgestiegen waren, und der Sowjetunion führte. 1991 ließ der Zusammenbruch der Sowjetunion die USA als alleinige Supermacht übrig. Am Ende der 90er Jahre erlangten die USA auch wieder die Oberhand gegenüber ihren wirtschaftlichen Rivalen. Wie **Henry Kissinger** 2001 in „Braucht Amerika eine Außenpolitik?"[6] feststellte, besteht das Resultat von all dem zu Beginn dieses neuen Jahrhunderts daraus, dass die USA *"eine Vorherrschaft erlangt haben, über die nicht einmal die größten Reiche der Vergangenheit verfügten*".

Dies führt uns natürlich unmittelbar zur Frage, was die USA aus ihrem enormen "Machtüberschuß" zu tun gedenken. Washingtons Antwort liegt insbesondere seit dem 11. September in der Verfolgung seiner imperialen Ambitionen durch eine Vielzahl neuer Interventionen in der weltweiten Peripherie in einem seit dem Vietnamkrieg unbekannten Ausmaß. Mit seinem imperialen Krieg gegen den Terrorismus befindet sich der US-Staat gänzlich im Einklang mit den Expansionsplänen der US-amerikanischen Geschäftswelt. Ende Januar 2003 stellte Business Week die aus einer US-Invasion des Irak resultierenden wirtschaftlichen Vorteile wie folgt dar: "*Weil die US-Armee während einer gewissen Zeit die irakischen Öl- und Gasvorkommen (es handelt sich nach den saudi-arabischen um die zweitgrößten bekannten Reserven der Welt) kontrollieren wird, dürften die US-Konzerne sich einen guten Teil dieses Geschäfts unter den Nagel reißen. Sie könnten auch Bohrrechte erwerben.*" Die Dienstleistungsunternehmen der Erdölbranche, unter denen die US-amerikanischen führend sind, könnten sich "*genau so siegreich fühlen wie die US-Spezialtruppen*". Das grundlegende Ziel solcher militärischer Interventionen liegt in Wirklichkeit in einem Regimewechsel und der darauf folgenden Restrukturierung der Wirtschaft des "Schurkenstaates" (der so genannt wird, weil er sich außerhalb der im Wesentlichen durch die USA definierten imperialen Ordnung bewegt), um sie den vorherrschenden Interessen der kapitalistischen Weltwirtschaft anzupassen. Dabei geht es auch darum, dessen Ressourcen einer intensiveren Ausbeutung zugänglich zu machen.

Richard Haass, dessen Verantwortungsbereich in der heutigen Administration auf die Rolle des amerikanischen Koordinators

[6] Henry Kissinger: *Does America need a foreign policy? Toward a diplomacy for the 21st century*, New York, 2001 (Tonbandaufnahmen).

für die Zukunft Afghanistans ausgeweitet wurde, betont in seinem Buch „Intervention“[7], dass ein Regimewechsel oft nur mit einer militärischen Invasion in Großmaßstab umgesetzt werden kann, wobei das eroberte Land in Ruinen zurück bleibt. Daraus ergibt sich dann die Notwendigkeit, sich zu Gunsten einer Politik des nation-building (Nationenbildung) zu engagieren: *“Es ist schwierig, Einzelpersonen mit militärischen Mitteln zu treffen... Die Versuche der USA, einen Wechsel der politischen Führung mit Gewalt zu erzwingen, sind in Fällen wie Gaddhafi in Lybien, Saddam im Irak und Aideed in Somalia gescheitert. Gewalt kann ein Umfeld schaffen, in dem die Wahrscheinlichkeit eines politischen Wechsels steigt. Aber ohne außergewöhnliche nachrichtendienstliche Informationen und eine gehörige Portion Glück hat Gewalt für sich allein genommen wenig Aussichten auf Erfolg in Sachen politischer Veränderung. Die Wahrscheinlichkeit solcher Veränderungen läßt sich nur durch sich sehr stark einmischende Interventionen erhöhen, wie das nation-building, das in einem ersten Schritt die Eliminierung jeglicher Opposition einschließt, um sich dann dauerhaft in einer Besetzung zu engagieren, welche die Fabrikation einer anderen Gesellschaft ermöglicht.”*

Haass unterstreicht, dass eine solche Besetzung zum Zweck der “Bildung einer Nation” (nation-building) es erfordert, *“jeden lokalen Widerstand zu bekämpfen und zu entwaffnen und eine politische Autorität zu errichten, die über das Monopol oder ein quasi-Monopol der legitimen Anwendung von Gewalt verfügt” (in Anlehnung an die berühmte Definition des Staates durch Max Weber – hier jedoch umgesetzt durch eine Invasionsmacht). Haass zitiert einen Beobachter der Außenpolitik und fügt an, dies verlange eine Besetzung “von imperialem Ausmaß und vielleicht unbeschränkter Dauer”*.

Genau diese Art von **Invasion mit “imperialem Ausmaß” und ungewisser Dauer** scheint zur Zeit ganz oben auf der Tagesordnung von Washingtons Krieg gegen den Terrorismus zu stehen. Im Rahmen der Besetzungen und des nation-building nach militärischen Invasionen (wie im Falle Afghanistans) wird keine offene Form des Kolonialismus im dreisten Stil des 19. Jahrhunderts zur Anwendung kommen. Es wird keine formelle Annexion geben, und letztlich wird ein **Schein von lokaler Autorität** gleich zu Beginn errichtet werden, auch ohne die militärische Besetzung zu beenden. Doch ein wesentliches Ziel, das in früheren Zeiten durch den Kolonialismus in seiner klassischen Form erreicht wurde, wird auch in Zukunft angestrebt werden müssen. Wie **Harry Magdoff** erklärte, war *“der Kolonialismus als direkter Einsatz militärischer und politischer Gewalt von grundlegender Bedeutung für die Reorganisation der sozialen und ökonomischen Institutionen zahlreicher abhängiger Länder zum Zweck ihrer Anpassung an die Bedürfnisse der Metropolen. Ist dieses Werk einmal vollbracht, so reichen die wirtschaftlichen Kräfte – die internationalen Preise, die Handels- und Finanzsysteme - in der Regel aus, um das Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis zwischen Metropole und Kolonie zu erhalten oder sogar zu verschärfen. Vor diesem Hintergrund ist es dann möglich, der Kolonie die formelle politische Unabhängigkeit zuzugestehen, ohne etwas Wesentliches zu ändern und allzu sehr mit den Interessen zu kollidieren, welche zur Eroberung der Kolonie geführt haben.*”

Ein solcher Prozeß läuft zur Zeit in Afghanistan ab und wird nun auch im Irak ins Auge gefaßt. Ist ein Land erst einmal vollständig entwaffnet und den Bedürfnissen der Zentrumsländer der kapitalistischen Welt entsprechend umgeformt, ist die Aufgabe des nation-building vollbracht und neigt sich die Besetzung wahrscheinlich ihrem Ende zu. Doch in Regionen, die reich an vitalen Ressourcen wie Erdöl sind (oder denen strategische Bedeutung für den Zugang zu solchen Ressourcen zugemessen wird), könnte der Übergang vom formellen zum informellen Imperialismus nach einer Invasion langsamer von statten gehen – oder nur in sehr begrenztem Ausmaß stattfinden. Die “**informelle Kontrolle**” bzw. der globale Akkumulationsmechanismus, der systematisch die Zentrumsnationen begünstigt, ist das **normale** Instrument der imperialistischen Ausbeutung in der Peripherie. Doch in manchen Fällen sind **außer-gewöhnliche** Maßnahmen notwendig, um widerspenstige Staaten zurück auf den rechten Weg des Marktes und der internationalen Machthierarchie zu bringen, an deren Spitze die USA stehen.

Heute sticht der amerikanische Imperialismus außergewöhnlich stark ins Auge, weil er direkt mit einem Krieg verbunden ist und sich auf eine endlose Reihe weiterer Kriege zu bewegt, die grundsätzlich denselben Zielen dienen werden. **Doch wenn wir die tiefer liegenden Kräfte verstehen wollen, die am Werk sind, dürfen wir uns durch diesen verschärften Militarismus und seine Aggressionen nicht von der inneren Logik des Imperialismus ablenken lassen, die sich am sichtbarsten im tiefer werdenden Graben zwischen dem Einkommen und dem Reichtum der reichen und der armen Länder äußert, sowie im Nettotransfer von wirtschaftlichem Mehrwert von der Peripherie ins Zentrum, auf dem dieser Graben beruht. Die zunehmende Polarisierung von Reichtum und Armut zwischen den Nationen (eine Polarisierung, die auch innerhalb der Nationen existiert) ist der größte Erfolg des Systems auf globaler Ebene.** Um diese Polarisierung geht es letztlich auch beim Kampf gegen den modernen Imperialismus. Wie Magdoff in „Imperialismus ohne Kolonien“ erklärt, gibt es im Kapitalismus eine grundsätzlich Einheit der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Herrschaft. Wer gegen die Folgen des Imperialismus kämpfen will, muß anerkennen, dass es unmöglich ist, eine dieser Dimensionen der Herrschaft herauszufordern, ohne zugleich alle anderen in Frage zu stellen – das heißt also: ohne das System insgesamt in Frage zu stellen.

Zum Autor: John Bellamy Foster zählt zu den Herausgebern der Monthly Review und ist Autor des Buches Marx’s Ecology. Materialism and nature (Monthly Review Press, 2000). Der vorliegende Text ist eine leicht abgeänderte Fassung seiner Einleitung zur Publikation einer Artikelserie von Harry Magdoff unter dem Titel Imperialism without colonies (Monthly Review Press, 2003) zum Gedenken an dessen 90. Geburtstag. Harry Magdoff war mit Paul M. Sweezy lange Zeit einer der wichtigsten Animatoren der Monthly Review. Er hat u.a. folgende Werke publiziert: Imperialism: from the colonial age to the present (1978) und zusammen mit Paul M. Sweezy: The deepening crisis of U.S. capitalism (1981).

Aus dem Englischen übersetzt von Peter STRECKEISEN.

Abdruck der Übersetzung mit freundlicher Genehmigung der **Zeitschrift Debatte, www.debatte.ch**

[7] Richard N. Haass: *Intervention: The use of American military force in the Post-Cold War World*, Washington DC, Brookings, 1999.

Wessen Informationsgesellschaft?
World Summit on the Information Society (WSIS) – Genf, 10.-12. Dezember 2003
Side Events der Zivilgesellschaft – Genf, 06.-14. Dezember 2003

Der **World Summit on the Information Society (WSIS**), zu deutsch Weltgipfel zur Informationsgesellschaft, ist eine von der UNO ausgerufene Weltkonferenz, veranstaltet von International Telecommunications Union (ITU) mit Sitz in der Schweiz. Die International Telecommunications Union (ITU) behandelt Fragen der technischen Infrastruktur und Standardisierung; die UNESCO behandelt eine Fülle von WSIS-relevanten Themen, u.a. Bildung, Meinungsfreiheit, geistiges Eigentum; mit letzterem beschäftigt sich insbesondere auch die WIPO; und nicht zuletzt sollen weitgehende Aspekte zu Informationsaustausch und geistigem Eigentum in der Welthandelsorganisation WTO geregelt werden.

Trotz aller Absichtserklärungen im Sinne eines "Multistakeholder"-Dialoges betreffend des ausgewogenen Mitspracherechts aller Akteursgruppen finden die wichtigen Entscheidungen weiterhin zwischen Regierungen statt.
Wirtschaft und Zivilgesellschaft haben lediglich Beobachterstatus. Zum ersten Mal aber dürfen an einem UN-Weltgipfel nicht nur Wirtschaftsverbände, sondern auch einzelne Firmen teilnehmen, was als bedenklicher Präzedenzfall gesehen wird. Große internationale wirtschaftliche Institutionen – etwa das International Chamber of Commerce oder das World Economic Forum – haben sich im Coordinating Committee of Business Interlocutors (CCBI) zusammengeschlossen.
Nichtregierungsorganisationen und andere zivilgesellschaftliche Akteure dagegen wurden bisher wenig in ihrer Mitwirkung unterstützt, und teilweise gar durch mangelnde Kommunikation seitens des WSIS Sekretariats behindert.
Nicht zuletzt aufgrund des Umstands, dass sich Regierungen außer Stande sehen, die UN-Menschenrechtserklärung von 1948 als gemeinsame Grundlage für die Gipfelerklärung zu akzeptieren, erklärten die zivilgesellschaftlichen Gruppen, die in Genf und online in den WSIS-Prozess involviert sind, am 14.11.2003 ihren Rückzug aus dem offiziellen "Multistakeholder"-Prozess. In einer Pressekonferenz machten sie klar, dass die Zivilgesellschaft die etwaigen Ergebnisse des Gipfels nicht mittragen wird.

Die Regierungen des Südens legen besonderen Wert auf eine bessere Anbindung an die globalen Kommunikationskanäle. Der Zugang zu Information und Wissen über technische Infrastrukturen und deren Nutzung für Entwicklung haben für sie höchste Priorität. Allerdings betonen sie auch den notwendigen Erhalt kultureller Diversität und kulturellen Erbes und möchten hierzu lokale Inhalte fördern.
Die Regierungen des Nordens heben zusätzlich Themen wie E-Government, Bürger-Partizipation, Bildung und die Schaffung eines investitionsfreundlichen Umfeldes hervor. Zunehmend wird ein Schwerpunkt auf die Sicherheit von Kommunikationsnetzen vor kriminellen oder gar terroristischen Aktivitäten gelegt.
Auf Seiten der Wirtschaft wird die positive Rolle von Informationstechnologie für Entwicklung und Wirtschaftswachstum betont, der Abbau von Investitionshürden, eine marktwirtschaftliche Umgebung und globale technische Standards gefordert.
Internationale Organisationen wie etwa die UNESCO legen ähnliche Schwerpunkte wie die Zivilgesellschaft. Diese betont die Themen Bildung, freie Meinungsäußerung, kulturelle Diversität und die Stärkung der Public Domain. Von anderen Organisationen, wie dem Europarat, wird eine Sicherung der bürgerlichen Freiheiten in der Informationsgesellschaft hervorgehoben, wie etwa Datenschutz.

Nach Vorbereitungskonferenzen (Prepcom 1-3), Regionalkonferenzen sowie Konferenzen vieler der beteiligten Akteure, war Mitte November 2003 der Konsens bei schwerwiegenden Konflikten in puncto Finanzen, "geistiges Eigentum", Sicherheit, Medien und Internetregulierung noch nicht absehbar.
Ziel dieser ersten WSIS-Phase ist die Verabschiedung einer Abschlusserklärung und eines Aktionsplans. Im Anschluss werden weitere Prepcoms die zweite Phase vorbereiten.
Vom 16. bis 18. November 2005 wird dann in Tunis - ein Land, in dem Journalisten inhaftiert sind - der zweite WSIS Gipfel stattfinden. Dabei sollen konkrete Richtlinien für die weitere Entwicklung der Informationsgesellschaft verabschiedet werden.

Essenzielle Themen seitens der Zivilgesellschaft:

Kommunikation als Menschenrecht Große Teile der am WSIS teilnehmenden Zivilgesellschaft fordern, dass Kommunikation als Menschenrecht verankert wird. Kommunikation wird hier explizit als interaktiver und partizipatorischer Prozess verstanden und grenzt sich somit vom bloßen Recht auf Zugang zu Information und dem Modell der "Info-Einbahnstrasse" von wenigen Sendern zu vielen Empfängern ab. Kommunikation beinhaltet auch immer die eigene Produktion von Inhalten und somit die aktive Teilnahme an der Informationsgesellschaft. Nicht nur ein universeller, sondern auch ein partizipatorischer Zugang zu Information und Kommunikationsmitteln wird daher gefordert.

Diversität von Meinungen, Kulturen, Perspektiven Kulturelle Diversität muss ein Grundprinzip der Informationsgesellschaft sein. Zivilgesellschaftliche Konzepte verstehen hierunter allerdings, im Gegensatz zu anderen Akteuren, nicht nur die Sicherung kultureller Identität, sondern die aktive Förderung kultureller Entwicklung. Besonderen Wert soll auf die unterschiedlichen Realitäten und Perspektiven marginalisierter Gruppen gelegt werden, etwa MigrantInnen und indigene Bevölkerung, und auf den Erhalt traditionellen und indigenen Wissens.

Global Information Commons: Information wird als öffentliches Gut verstanden, das nicht – oder nur in eingeschränktem Maße – zur kommerziellen Verwertung geeignet ist. Informations- und Kommunikationsressourcen sind Teil der "Global Commons". Es wird eine Sicherung und Erweiterung der Commons sowie der Public Domain gefordert, oftmals in

Verbindung mit einer Eindämmung der geistigen Eigentumsrechte. Die Commons bilden ein deutliches Gegenmodell zu wirtschaftsbasierten Informations-konzepten.

Open Source: Gleiches gilt für die Open Source Bewegung, die sich von kommerzieller Softwareproduktion abhebt. Freie Software und kooperativ angelegte Technologieproduktion gehören zu den Forderungen vieler zivilgesellschaftlicher Akteure. Das Konzept des Open Content bietet hierbei eine Erweiterung in den Contentbereich und einen praktischen Ansatz der Information Commons.

Lokale Initiativen, lokale Kontrolle: Zivilgesellschaftliche Modelle betonen die zentrale Rolle lokaler wie interessenbasierter Gemeinschaften und wollen eine Förderung von Communitybasierten Initiativen und Community Medien, beispielsweise lokales Bürgerradio, erreichen. An die Bedürfnisse lokaler Communities angepasste Technologien sollen gefördert werden.

Barrieren: Die Digitale Spaltung (digital divide) wird als zentraler Faktor der ungleichen Lebensverhältnisse zwischen Nord und Süd erkannt und in ihrer Überwindung eine wichtige Voraussetzung zur Armutsbekämpfung gesehen. Allerdings betont die Zivilgesellschaft neben den Barrieren entlang der Nord-Süd Achse insbesondere auch die Barrieren, die innerhalb von Gesellschaften den Zugang zu Information und Wissen erschweren - politische und soziale Barrieren, Bildung, Gender.

Gender: Die Behandlung von Gender-Themen wird als besonders wichtige Herausforderung des WSIS gesehen. Gefordert wird eine Reduzierung von Gender Diskriminierung, Partizipation von Frauen an der Informationsgesellschaft, Abbau von Gender Hierarchien und Stereotypen.

Datenschutz, Privatsphäre: Zivilgesellschaftliche Konzepte fordern einen Ausbau des Datenschutzes und eine Sicherung der Privatsphäre.

Medienregulierung: Von einigen zivilgesellschaftlichen Akteuren wird das Problem der Medienkonzentration hervorgehoben und eine Demokratisierung der Medien gefordert.

Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechte: Von Teilen der Zivilgesellschaft wird auch auf die unklare rechtliche Lage vieler KommunikationsarbeiterInnen verwiesen und die Schaffung entsprechender Arbeitsrechte gefordert.

Kommunikations- und Wissensgesellschaft: Schließlich greifen zivilgesellschaftliche Akteure die ursprüngliche Idee der UNO-Erklärung zum WSIS auf, nach der der WSIS vor allem einer gemeinsamen Verständigung über die Informationsgesellschaft dienen soll. Hierzu stellen sie zentrale Leitfragen – Welchen Zweck hat sie? Wessen Bedürfnissen soll sie genügen? – und betonen, dass eine Informationsgesellschaft auf den Grundpfeilern von sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Partizipation aufgebaut werden muss und menschlicher wie sozialer Entwicklung dienen soll. Es herrscht Skepsis gegenüber dem Konzept der einen globalen Informationsgesellschaft. Stattdessen wird eher von einer Vielzahl unterschiedlicher Gesellschaften gesprochen und als Leitkonzept auf eine Kommunikationsgesellschaft beziehungsweise eine Wissensgesellschaft Bezug genommen.

Beim Weltsozialforum 2003 in Porto Alegre wurde ein Gegengipfel beschlossen. Das Programm dieser Side Events ist zu finden unter: World Forum on Communication Rights: www.communicationrights.org
sowie www.cooperation.net/comunicach/info/106632.html

Auswahl an Link-Empfehlungen:

***Deutschland*:** Heinrich Böll Stiftung: www.worldsummit2003.de
Deutsche Gesellschaft für die UN: ww.gipfelthemen.de
Österreich: Bundeskanzleramt zu WSIS: www.bka.gv.at/bka/medien/wsis.htm
www.wsis-award.org Dieser von der österreichischen Bundesregierung initiierte Wettbewerb prämiert e-content und Kreativität und ist selbstverständlich darum bemüht, die Kluft zwischen Nord-Süd zu überbrücken.
Positionspapier der AGEZ, Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungszusammenarbeit,http://www.oneworld.at/agez/WSIS%20Positionspapier%20Dezember%202003.pdf
Schweiz:
Veranstalter International Telecommunications Union: http://wsis.itu.int
Offizielle Website des Gastgeberlandes: www.wsisgeneva2003.org
Tägliche Berichterstattung von der Commonwealth Regierungskonferenz (05.-08.12.03) und WSIS (10.-12.12.03): www.dailysummit.net

Verbände:
Schweizer JournalistInnen-Verband: www.journalisten.ch
International Federation of Journalists: www.ifj.org
comedia Schweizer Mediengewerkschaft: www.comedia.ch
Universitärer Bereich:
Science et Cité: www.science-et-cite.ch
Iuéd institut universitaire d'études du développement Genève: www.iued.unige.ch
Radio: ALER Latin American Association of Radio Education: www.aler.org.ec (spanisch)
Open Source: www.fsf.org www.gnu.org
www.cooperation.net www.ynternet.org
Computer Professionals for Social Responsibility (CPSR): www.cpsr.org
***Zivilgesellschaft*:**
Schweizer Plattform zur Informationsgesellschaft: www.comunica-ch.net Comunica: www.comunica.org
CRIS Communication Rights in the Information Society: www.crisinfo.org
Plattform für Alternativen zur Agenda und Organisierung des WSIS: www.geneva03.org
Civil Society: www.geneva2003.org/wsis/indexa01.htm
WSIS Civil Society Meeting Point: www.wsis-cs.org
Offener Konsultationsprozess: www.openwsis.org
Frauenspezifische Sichtweise: www.isiswomen.org
APC AfricaRights: www.apc.org, www.tinyurl.com/t4la
Africa Computing: www.africacomputing.org
Amnesty International Schweiz: www.amnesty.ch
CSDPTT Coopération Solidarité Développement: www.csdptt.org
Public Netbase: www.worldinformation.org
L'Organisation Mondiale contre la Torture: www.omct.org
World Electronic Media Forum (WEMF): www.wemfmedia.org

Europarat zu WSIS:
www.coe.int/T/E/human_rights/media/7_Links/WSIS-intro.asp#TopOfPag
UNESCO zu WSIS:
http://portal.unesco.org/ci/ev.php?URL_ID=1543&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201

Zusammenfassung von Barbara Waschmann, SiG-Redaktion